

Sozialistische Arbeiter Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS.

Faschismus hat in Japan gesiegt

Schwarzer Drache soll Kriegskabinet bilden?! — Für eiserne Hand in Mandschurei — Minister-Mörder amtlich als „pflichtgetreue Soldaten“ gewürdigt — Kriegsgefahr auf dem Höhepunkt

Verteidigt die Sowjetunion!

Heute wird das japanische Kriegskabinet gebildet. Während bis gestern noch ein Kabinet Suzuki angekündigt war, ein Kabinet der nationalen Konzentration, in dem die konservative Partei offiziell die Führung und das faschistische Programm der Armeespitzen den Kurs bestimmen sollten, wird jetzt von der United Press aus Tokio gemeldet, daß der Kaiser dem Vorsitzenden der Faschistischen Organisation Konkukuhonscha (Schwarzer Drache) und dem Vizepräsidenten des kaiserlichen Geheimen Rates Baron Hiranuma mit der Kabinettsbildung beauftragt wurde. Auch an Stelle der bisher genannten Ministerkandidaten werden neue Namen genannt, Männer, deren Beziehung zur Armee und zum Generalstab noch enger sind, als die Kompromißfiguren der bisherigen Kandidatur.

Gleichzeitig wird über die Richtlinien der neuen japanischen Außenpolitik, die noch von Suzuki mit den Generälen durchgearbeitet wurde, berichtet, daß sie eine scharfe Kurswendung zum Extremismus darstellen. In der Mandschurei soll die Politik der eisernen Hand durchgeführt werden. Wenn die Sowjetregierung in der Mandschurei Schwierigkeiten bereite, müßten „Verwicklungen“ entstehen! In Schanghai soll der Status quo gefestigt werden.

Das Kabinet wird am 21. Mai vereidigt werden und dem Parlament sein Programm darlegen. Es erwartet eine vollkommen gesicherte Stütze in der Front der nationalen Konzentration aller Gruppen und Parteien, mit Ausnahme der revolutionären Sozialisten und Kommunisten.

Gleichzeitig wird berichtet, daß die Untersuchung gegen die Mörder Inukais beendet ist. Alle Teilnehmer der Verschwörung sind aktive Offiziere der Armee und Marine. Das Marineministerium bedauert amtlich die Teilnahme von Angehörigen der Marine an der Mordtat, betont aber gleichzeitig ausdrücklich, daß die verhafteten Offiziere bisher als pflichtgetreue Soldaten des japanischen Kaiserreichs bekannt gewesen seien.

Wenn sich diese Meldungen bestätigen, so bedeutet das, daß der faschistische Terror hundertprozentig gesiegt und daß die Kriegsgefahr in Ostasien auf den Höhepunkt gestiegen ist.

Molotow betont erneut Friedensbereitschaft

In Beresniki (Ural) sprach anlässlich der Inbetriebnahme eines großen chemischen Trustes der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare der Sowjetunion, Molotow, über die

innen- und außenpolitische Lage Rußlands. Er betonte noch einmal, daß das kapitalistische System jetzt versuche, sich durch einen Krieg mit Rußland retten zu wollen. Man werde auf keine Provokation eingehen. Falls Rußland aber angegriffen werden sollte, werde es zur Verteidigung schreiten und den Beweis der Leistungsfähigkeit des bewaffneten Proletariats erbringen. Die letzten politischen Ereignisse im Fernen Osten hätten den Frieden in große Gefahr gebracht.

*

Es ist nur selbstverständlich, daß in der Sowjetunion alle Vorbereitungen zur Verteidigung getroffen werden. Die Lage

ist so ernst, daß die Sowjetregierung die Pflicht hat, zur Verteidigung des Erbes der russischen Revolution die letzten Kräfte der Arbeiter- und Bauernmacht einzusetzen. Es geht nicht nur um die Existenz der Sowjetunion, es geht um die Verteidigung der heute stärksten Stellung der internationalen Arbeiterklasse gegen den blutigeren Imperialismus und seine Abenteuer.

In dieser Stunde müssen die Arbeiter in Europa alles Trennende zurückstellen und in einer gemeinsamen Aktion den Imperialisten im eigenen Land demonstrieren, daß sie mit aller Kraft ein verbrecherisches Abenteuer bekämpfen werden, das nur das Vorspiel zu einem neuen 4. August sein könnte!

Attentat auf Arbeitslose Kürzung der Unterstützungsdauer auf 13 Wochen Sondersteuer für die Arbeiterschaft

Ueber die Pläne, die das Reichskabinet zur Zeit beschließen, sichern nach und nach weitere Einzelheiten durch, die die Beunruhigung, zu der schon die ersten Gerüchte Anlaß gegeben haben, in den Kreisen der Arbeiterschaft noch erhöhen müssen. Immer eindeutiger stellt sich heraus, daß die Reichsregierung entschlossen ist, ihre Sparmaßnahmen bei denen einzusetzen, die am meisten unter den Folgen der kapitalistischen Krise gebückt gehen und daß im Mittelpunkt der in Vorbereitung befindlichen Notverordnung

ein neuer Anschlag auf die Arbeitslosenversicherung, steht, wobei insbesondere an eine weitere Verkürzung der Unterstützungsdauer von 20 auf 13 Wochen gedacht ist. Gleichzeitig wird auch Näheres über die geplante

„Beschäftigtensteuer“ bekannt. Diese soll mit einem Durchschnittssatz von 1½ Prozent des Einkommens angesetzt werden und von allen Personen, die in einem Lohnverhältnis stehen, erhoben werden, wobei mit einem Gesamtergebnis in Höhe von 300 Millionen Reichsmark gerechnet wird.

Diese Beschäftigtensteuer ist nichts anderes als eine Klassensteuer für die Arbeiterklasse, da sie nur von den Arbeitnehmern erhoben wird, während dagegen alle übrigen Einkommen aus selbständiger Arbeit nicht ein-

bezogen werden. Sie ist darum praktisch ein neuer Lohn- und Gehaltsabbau.

Mit diesen Plänen enthüllt das Kabinet Brüning aufs neue seinen Charakter als der brutale Sachwalter der Kapitalistenklasse. Während der letzteren kein Haar gekrümmt wird, ihr im Gegenteil noch großzügig Steuererleichterungen eingeräumt und Milliarden zu Zwecken der Sanierung und Subventionierung in die Taschen gesteckt werden, wird der Arbeiterschaft das letzte Stück Brot aus der Hand geschlagen.

Beide Pläne sind offene Provokationen an die Adresse der Arbeiterschaft. Unmöglich dürfen diese kampfflos hingenommen werden. Vor allem muß erwartet werden, daß die Gewerkschaften sich zur Wehr setzen. Es genügt aber nicht, daß diese, wie dies soeben wieder durch den Vorstand des ADGB im „Vorwärts“ geschieht, sich mit der Feststellung begnügen, sie ständen im schärfsten Gegensatz zu den Plänen der Reichsregierung. Solche Erklärungen sind keinen Pfifferling wert. Die Stunde verlangt von den Gewerkschaften Kampf in Gemeinsamkeit mit allen Organisationen der klassenbewußten Arbeiterschaft. Es stehen die letzten Existenzgrundlagen der Arbeiterklasse auf dem Spiel. Keine Stunde darf weiter gezögert werden. Nur die Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse vermögen den geplanten Anschlag abzuwenden.

Deutschland auf dem Wege zu einer — japanischen Lösung

Heute wird in Tokio das neue Kriegskabinet gebildet!

Die Regierung der japanischen „nationalen Konzentration“ ist da.

Sie ruht auf dem Bündnis der altersschwach gewordenen Kräfte des jahrtausende alten japanischen Feudalismus mit seinem jüngeren Faschismus. Es ist zugleich ein Bündnis gegen die bürgerliche Revolution und das drohende Grollen der proletarisch-revolutionären Kräfte in ihrem Schoß. Sie wachsen in der Wirtschaftskrise des japanischen Kapitalismus immer mehr an, jenes Kapitalismus, der selbst die Fesseln des Feudalismus noch nicht zu sprengen vermochte und in der Weltkrise mehr und mehr auf den Weg der imperialistischen Expansion gedrängt wird. Verstärkung der Panzerung gegen den drohenden Bürgerkrieg, und Verstärkung des Kriegspanzers zur räuberischen Aktion, die in China im Gange ist, das ist die Tokioer Lösung nach dem blutigen Faschistenaufrast.

Der Weg des Kriegskabinetts ist eindeutig vorgezeichnet: energische Verstärkung der Expansionspolitik, Fortsetzung des Raubes neuer gigantischer Fetzen aus dem Leibe des widerstandsunfähigen China, entschlossene Annektion der Mandschurei vor allem und Verschärfung der Angriffsdrohung gegen die Sowjetunion, die durch ihre bloße Existenz, durch den Rückhalt, den sie dem wehrlosen chinesischen Volke bietet, den Rauh gefährdet. Der Krieg ist fast unvermeidlich geworden, die Katastrophenentwicklung, die daraus für die ganze Welt entstehen muß, die Welt, über die die nationalistische Woge brandet, sind noch nicht abzusehen.

An der Spitze des Kriegskabinetts stehen Führer der Morgorganisation des „schwarzen Drachen“, seine Basis ist die nationale Konzentration dieser Partei mit allen den halbfeudalen bürgerlichen und kleinbürgerlichen Oppositionsgruppen, einschließlich der von der Arbeiterbewegung abgesplitterten chauvinistischen, früher sozialdemokratischen, jetzt nationalistischen Gruppe, der Block von den konservativen Granden bis zu ihren faschistischen Meuchelmördern der „Todeshand“ des „Schwarzen Drachen“.

Und das Rückgrat dieses Blocks und seiner verhängnisvollen Mission ist die Armee unter der Führung des faschistischen Offizierskorps. Die nationalistische Welle, die, je länger die Wirtschaftskrise des Zerfallskapitalismus dauert, immer höhere Wellen in fast allen

imperialistischen Ländern schlägt, wirkt im Fernen Osten wegen vulkanischer Gewalt. In der ganzen Welt, vor allem in Europa, ist ein jäher Reflex unvermeidlich.

Die japanische Lösung wird Schule machen.

*

Die meisten Voraussetzungen dafür sind in Deutschland gegeben. Der Wiederaufstieg des deutschen Imperialismus nach dem Zusammenbruch von 1918 ist durch die Wirtschaftskrise unterbrochen. Um so heftiger drängen auch hier die Kräfte zur chauvinistischen Expansion. Noch ist die Brüningregierung im Amt. Aber ihr Wrack treibt hier vor den immer höher gehenden Wogen der chauvinistischen Erregung, und vor der Lausanner Konferenz hat Herr Brüning laut und vehementlich die nächsten Forderungen des Chauvinismus angemeldet, um seine Existenz zu retten. Die nationale Konzentration marschiert auch hier.

In Berlin ist man auf der Suche nach einer japanischen Lösung! Auch hier das Bündnis der feudalen Gespenster mit dem Faschismus. Auch hier gerät der selbstständigste Staatsapparat immer mehr in die Hände militärischer Cliquen. Auch hier wächst von Tag zu Tag der Schrei nach energischen Lösungen.

Die Regierungsbildung im Reich und die Regierungsbildung in Preußen entwickeln sich als Schweregeburt der großen kommenden nationalen faschistischen Konzentration. Aber diese Konzentration ist auf dem Marsch.

Alles wird immer mehr abgestimmt auf einen neuen Kurs. Sein Trommler ist der deutsche Faschismus.

Im Hotel „Prinz Albrecht“ in Berlin erschien Herr Hitler zur konstituierenden Sitzung seiner Landtagsfraktion. Er hielt eine Rede, klarer als je auf die entscheidende Mission seiner Kriegspartei gestimmt. Die Nazis hätten nicht dreizehn Jahre gekämpft, erklärt Herr Hitler, um die Politik des heutigen Deutschlands in irgendwelchen Koalitionen zu unterstützen, die Politik des Zögerns, der Kompromisse. Er spielte auf die kriegerische Geschichte Preußens an, die „soviel Jahrzehnte der Träger der deutschen Geschichte und der Gründer des Deutschen Reiches war“. Er verkündete aufs neue die vollen Herrschaftsansprüche des Faschismus für das Dritte Reich, für die Wiederholung der Abenteuer des Imperialismus, die auf den Schlachtfeldern von 1914 bis 1918 zusammenbrachen. Die nationalsozialistische Machtgier lenkte dabei die Rede, die zwar im Ton gegen das Zentrum scharf zugespielt, aber in der Sache verständigungsbereit war. Alle Türen hat Hitler offen gehalten. Wenn das Zentrum auf die Rede erklärt, es sähe vorläufig keine Basis für erfolgversprechenden Verhandlungen, so mag das für eine kurze Zeit von Zwischenlösungen gelten.

Diese Zeit wird benutzt werden, um die Zentralgewalt zu stärken, da Herr Braun und seine geschäftsführende Regierung verbreiten lassen, daß sie keinesfalls kleben wollen, wie behauptet worden war, entsteht für einige Zeit ein preußisches Vakuum. In dem preußischen Vakuum gewinnt daher der Gedanke der Bestellung eines „Reichskommissars“ immer mehr Gestalt.

Das wäre zugleich gründliche Vorarbeit für die Stärkung der diktatorischen Zentralgewalt und die Verwirklichung langer Vorarbeiten der großen Bourgeoisie, die diese Zentralgewalt will. Das wäre zugleich auch neue Vorarbeit für die faschistische Diktatur! Es gibt Widerstände gegen den Gedanken, vor allem in Bayern, das sein eigenes Schicksal in ungewisser Zukunft, seine separatistische Existenz bedroht fürchtet. Aber in der Clique um die Spitze der zentralen Gewalt, um den Reichspräsidenten, präsentieren die Januschauer schon den Kandidaten. Einmal ist es ein Westarp, dann ein Oskar von der Osten-Warnitz, oder irgend ein Dritter, immer Vertreter der Junkersippschaft, die zwischen Deutschnationalen und Zentrumslager vermitteln können, und denen die Rolle des „Statthalters des Königs“ zugeordnet ist.

Die Rechnung der Cliquen schließt ein die Erwartung, daß die Sozialdemokratie wieder tolerieren wird. Zur Vermeidung des größeren Übels. Was schadet es, wenn von der Scheindemokratie die letzten Positionen abgebaut werden, was verfiert es, wenn neue Lasten auf die preußischen Werkstätten und neue Geschenke für die Junker und Monopolkapitalisten dabei herauskommen, es wird heißen: Wir haben Hitlers Machtergreifung verhindert!

Gleichzeitig wird der Chauvinismus üppig gefördert. In Elbing und Marienburg hat die Tagung des Vereins der Auslandsdeutschen unter Geblers Vorsitz Brand- und Hetzgerede vom Frühstück bis Abendbrot produziert. Die Kundgebungen setzten sich in Danzig fort. Gebler, einer der Aspiranten für die Führung des neuen Kurses, ist von der Walstatt in Elbing stracks nach Neudeck, dem Ferienort Hindenburgs, weitergereist, wo Hindenburg für den neuen Kurs bis zu seiner Rückkehr am Monatsende präpariert wird.

Mittlerweile wird der kommende Mann, Herr Schleicher, in den Kabinettsitzungen eingearbeitet. Das neueste „Alles oder nichts“ seines Konkurrenten Hitler drängt die Cliquen und die bürgerlichen

Zusammenschluß aller ehrlichen Kriegsgegner und proletarische Einheitsfront!

Erklärung der Gruppe revolutionärer Pazifisten

Die Reichskonferenz Revolutionärer Pazifisten, die am 13. und 14. Mai, wie wir bereits mitteilten, in Berlin stattfand, beschloß einstimmig die alte Exekutive der Gruppe (Hiller, Karsch, Westor, Brehm, Tucholaky, Tollen usw.) und wählte zwei französische Kriegsgegner hinzu: Marcelle Capi und Georges Pioch (vom Vorstand der „Ligue Internationale des Combattants de la Paix“). Sie nahm ferner eine Erklärung an, die sich dem Protest aller Kriegsgegner der Welt gegen den Friedensstörer Japan anschließt.

„Proteste verhallen; helfen gegen die Gewalt des Imperialismus könnte nur eine Gegengewalt; der Völkerbund, selber von imperialistischen Mächten beherrscht, ist die nicht; wem muß das noch bewiesen werden? Es kommt darauf an, überall in der Welt die

Gegenmacht gegen den Imperialismus aufzubauen: den Sozialismus.

Alles andere bleibt Illusion.

Den Verhandlungen der Abrüstungskonferenz folgen wir mit skeptischem Interesse. Daß man sich nicht zur Abrüstung entschließen wird, steht schon heute fest... Eine Konzentration jedoch der Heere und Zerstörungsindustrien, ein Konzern aller kapitalistischen Militarismen würde dem Krieg kein Ende bereiten, sondern Vorstufe der teuflischsten Menschenschlächtere und Ideenschlächtere der Geschichte sein...

Die Erklärung fordert dann den Zusammenschluß aller ehrlichen Kriegsgegner und die Bekämpfung der faschistischen Haßjustiz.

„Die Durchsetzung solcher Forderungen ist Sache der Macht. Die Ohnmacht der Linken, die Ohnmacht des sozialistisch gesinnten und gewillten Proletariats ist offenkundig. Sie kann sich zum Zusammenbruch steigern, wenn nicht endlich Selbstkritik einsetzt. Diese muß von den ideologischen Grundlagen bis zu den Fragen der Taktik reichen. Unsere Sozialdemokraten wie unsere Kommunisten tut, mit Leonard Nelsons Wort, eine revolutionäre Revision ihrer Prinzipien not. Nicht zuletzt ihren Fehlern und ihrem Versagen ist der bestürzende Aufstieg des „Nationalsozialismus“ zuzuschreiben.

Wir halten die Partei Hitlers für ein weder dem wahren Interesse der Nation dienendes noch etwa den Sozialismus anstrebendes Unternehmen verärgertes und brutaler Spießbürger, welche die Macht wollen und sonst nichts, die Macht um der Macht willen, und die den unklaren Idealismus, die Herrsch- und Dienucht, den Tatendrang edler, doch schlecht geschulter Jugend geschickt mißbrauchen. Je mehr diese Partei aus dem Instinkt handelt, statt aus Vernunftideen, je unklarer, zweifelhafter, widerspruchsvoller, labiler ihre Tendenzen sind, desto gefährlicher ist sie...

Noch besteht die Möglichkeit, ihr Aufkommen zu verhindern. Die

größte Verantwortung liegt bei der Kommunistischen Partei.

Beherrzt sie die Lehren des genialsten revolutionären Strategen, genest sie von jener „Kinderkrankheit des Radikalismus“, die immer nur zu dem widerwärtlichen Bündnis mit der Reaktion führt, dann wird sie handeln, wie das Wohl der unterdrückten und mit noch schärferer Unterdrückung bedrohten Massen, wie der Fortschritt der proletarischen Emanzipationsbewegung es verlangt. „Kompromisse „prin-

Splittergruppen und das Zentrum zunächst auf den Weg dieses Schleicherkurses, der der Kurs der weiteren Vorbereitung der chauvinistischen Expansion ist.

Morgen schon kann eine offene Generalregierung am Ruder sein, vielleicht mit Herrn Brüning als Außenherold und erfüllt von jenem ersten Tatendrang für das Abenteuer im Osten, als Vorspiel für die Revision des Zusammenbruchs von 1918.

Eine Art japanischer Lösung der deutschen Regierungskrise wird immer wahrscheinlicher! Militär, militärische Führer, militärische Pläne treten immer mehr in den Vordergrund. Groener, der Anstoß zur Fronde der SA, wird nicht wiederkehren, dagegen wird der Erwählte der Sozialdemokratie, Herr Hindenburg, höchstselbst an die Nationalsozialisten sich wenden, wird sie um des Vaterlandes willen zum Eintritt in die Regierung oder zur Unterstützung einer nationalen Konzentration auffordern.

Eine Lage, ernst genug, alle Kräfte der Arbeiterklasse zum gemeinsamen Widerstand gegen das drohende Abenteuer und die Katastrophe zu vereinen!

zipiell“ ablehnen, das ist eine Kinderei“, schrieb Lenin 1920; und: „Mit der Avantgarde allein kann man nicht siegen.“ Heute lehrt der große Vorbannte, Trotzki (dem die deutsche Regierung ein Asyl gewähren sollte), das Gleiche. Da wir die Hoffnung nicht aufgeben, daß die KPD endlich lernt, so verzeihen wir in diesem Augenblick, die plumpen Anwürfe zurückzuweisen, mit denen einige ihrer Journalisten gerade unsere Gruppe letztthin bedacht haben.

Frellich wird einer revolutionären Partei das zur Abwehr ultrareaktionärer Vorstöße gebotene taktische Zusammengehen mit der Sozialdemokratie nur zugemutet werden können, wenn diese sich entschließt, ihre Politik der Selbstentmannung, des uferlosen Tolerierens halbreaktionärer Maßnahmen endlich aufzugeben.

Geschieht das, dann wird damit die erste Vorbedingung gesetzt für die so bitter notwendige Wiederherstellung der Einheit der

Ein neuer 4. August

In einem längeren Artikel beschäftigt sich die sozialdemokratische „Berner Tagwacht“ mit den Vorgängen in Deutschland und stellt als deren Ergebnis fest:

„Der Generalstreifen hat Verfassung und Volkvertretung verdrängt, und das Militär führt in Deutschland wieder wie einst in den Zeiten Wilhelms das Szepter, wobei es in der nationalsozialistischen Partei den großen Verbündeten findet, der ihm in den Massen die notwendige Resonanz verschafft.“

Man sieht: die Sozialdemokratie des Auslandes begreift vollkommen, was in Deutschland vor sich geht. Mehr noch: sie weiß auch offenbar das Verhalten der Bruderpartei in Deutschland zu deuten und deren weiteren Kurs zu ahnen. Das wird sogar ziemlich unverblümt im Schlußabsatz des erwähnten Artikels ausgesprochen:

„So ist es mehr, was dieser Wechsel im deutschen Reichswehrministerium signalisiert, als nur eine Deutschland angehende innerpolitische Angelegenheit: die Kapitulation vor dem Faschismus ist zugleich die Einleitung eines neuen 4. August, ohne daß leider gesagt werden könnte, daß sich dieser Tag nicht noch bei der deutschen Sozialdemokratie wiederhole. Und hier liegt für die internationale Arbeiterklasse vielleicht das Beunruhigendste dieser ganzen Entwicklung in Deutschland.“

Leider kann man diesen Befürchtungen nicht widersprechen. Die SPD. ist heute mehr als je bereit und entschlossen, sich in einen neuen 4. August zu stürzen und sich in eine Front mit den Kriegstreibern einzureihen. Nicht umsonst gerät die SPD jeweils nur dann in Erregung, wenn ihre nationale Zuverlässigkeit bestritten wird. Nein, wenn der neue 4. August kommt, wird er auch für die SPD wieder anbrechen, und hier liegt allerdings „für die internationale Arbeiterklasse das Beunruhigendste dieser ganzen Entwicklung“.

Tribüntenmull im braunschweigischen Landtag

Braunschweig, 20. Mai 1932

Vor Eintritt in die Tagesordnung der Donnerstag-Sitzung des Landtages erhoben die sozialdemokratischen Abgeordneten Rieka und Dr. Jasper gegen das am Mittwoch geübte Verfahren Einspruch, die Vorlage eines beschlußunfähigen Hauses zu verabschieden. Als Abgeordneter Jasper dieses Verfahren als im Widerspruch zur Geschäftsordnung stehend und als Verfassungsverstoß bezeichnete, erteilte der Präsident dem Redner einen Ordnungsruf. Abgeordneter Jasper beantragte dann die Aufhebung der Sitzung und die sofortige Einberufung des Aeltestenrates. Diese beiden Anträge wurden abgelehnt. Abg. Alpers (Nat. Soz.) begründete darauf einen Antrag, der um Einspruch des Staatsministeriums gegen das SA-Verbot ersucht. Bei der Entgegnung durch sozialdemokratische Redner entstand nicht nur im Saal, sondern auch auf der Tribüne große Unruhe. Nach einer ergebnislosen Verwarnung der Tribüne ordnete der Präsident Zörner schließlich die Räumung der Tribüne an, was sowohl bei den Tribünenbesuchern wie im Sitzungssaal starke Erregung auslöste. Nationalsozialistische und sozialdemokratische Tribünenbesucher brachen in Kampfrufe aus, an denen sich auch die beiden Fraktionen beteiligten. Die Sitzung wurde darauf auf eine halbe Stunde unterbrochen.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung würde der nationalsozialistische Antrag mit Stimmmehrheit angenommen.

sozialistischen Bewegung. An sich schließen reformatorische und revolutionäre Aktivität einander nicht aus. Sie können zu Funktionen eines und desselben politischen Körpers, einer und derselben Kampfgenossenschaft werden.

Die Rote Einheit zu schmieden — auf nichts kommt es heute in gleichem Maße an. Jede Organisation, die diesem Ziele aufrichtig dient, hat unsere Sympathie; und deshalb begrüßen wir die Gründung der Sozialistischen Arbeiterpartei. Je mehr diese junge Partei bei aller Klarheit der Generallinie sich von sektiererischer Exklusivität, von engherziger Dogmatismus freizuhalten wissen wird, desto besser wird sie ihrer geschichtlichen Aufgabe gerecht werden. Zwischen SPD und KPD hat ein marxistisches Seminar keine Chancen; wohl: eine Bewegung, die allen sozialistischen Geist der Zeit in ihr Strombett zu leiten versucht und versteht.

Wir revolutionären Pazifisten, von der Zwecklosigkeit einer isolierten Friedenspropaganda ebenso überzeugt wie von der Todeswürdigkeit des kapitalistischen Systems, wissen uns als Bestandteil der sozialistischen Aktion und wollen nach unsern Kräften beitragen, daß sie einzig, unwillkürlich und wirkend wird.

Keine Reichstagseinberufung

TU. Berlin, 20. Mai 1932.

Die von der deutschnationalen Reichstagsfraktion für den 24. Mai beantragte Einberufung des Reichstages, die von den Nationalsozialisten und den Kommunisten unterstützt wurde, ist vom Reichstagspräsidenten wiederum abgelehnt worden.

15 Minuten Sklarekprozeß

TU. Berlin, 20. Mai 1932

Im Sklarek-Prozeß fand am Freitag aus prozeßtechnischen Gründen eine Sitzung von nur 15 Minuten Dauer statt. Staatsanwaltschaftsrat Dr. Weissenberg setzte sein Plädoyer fort. Auch am Sonnabend wird nur eine kurze Sitzung stattfinden, da Willi Sklarek nur beschränkt verhandlungsfähig ist.

Die Haltung der Kommunisten

Zur Haltung der kommunistischen Fraktion im preußischen Landtag bei dem Antrag auf Rückwärtsredigierung der Geschäftsordnung wird von der zuständigen kommunistischen Stelle erklärt:

„Die kommunistische Landtagsfraktion hat sich noch in keiner Weise endgültig festgelegt. Sie steht vor drei oder vier taktischen Möglichkeiten und es wird wesentlich von dem Verhalten der anderen Fraktionen abhängen, für welche positive Möglichkeit sie sich entscheidet. Nach den Möglichkeiten, die die Geschäftsordnung an die Hand gibt, kann bereits verhindert werden, daß der Antrag auf Rückwärtsredigierung der Bestimmung über die Wahl des Ministerpräsidenten überhaupt auf die Tagesordnung gesetzt wird. Eine zweite Möglichkeit ergibt sich aus der Verhinderung einer Abstimmung. Es können auch Abänderungsanträge gestellt werden und schließlich kann der Antrag durch Ueberweisung an einen Ausschuß ein stilles Begräbnis finden.“

*

Wir vermissen in der vieldeutigen Erklärung des kommunistischen Pressedienstes die in dieser Situation als selbstverständlich zu erwartende Ankündigung, daß die Kommunisten unter allen Umständen die Annahme des Naziantrages verhindern werden.

Postlerstreik in Griechenland

Regierung läßt Streikleitung verhaften

TU. Athen, 19. Mai

In der Nacht zum Donnerstag sind die Beamten des Post-, Telegraphen- und Fernsprechedienstes mit wenigen Ausnahmen in ganz Griechenland wegen Gehaltsstreitigkeiten in den Streik getreten. Der Betrieb kann nur teilweise durch Verwendung von Beamten des Verkehrsministeriums aufrecht erhalten werden. Außerdem arbeitet der im Bau befindliche Selbstanschlußbetrieb, der von Siemens & Halske eingerichtet wird.

Die Regierung hat die Verhaftung der Streikleitung angeordnet und die Dienstentlassung aller streikenden Beamten verfügt.

Regierung erläßt Mobilisierungsbefehl

TU. Athen, 20. Mai 1932

Der in ganz Griechenland wegen Meinungsverschiedenheiten in Gehaltsfragen ausgebrochene Poststreik wird fortgesetzt. Die Regierung hat einen Mobilisierungsbefehl für alle Telephon-, Telegraphen-, Postbeamten erlassen. Das Publikum steht den Streikenden wohlwollend gegenüber.

Millionenschaden im Münsterland

Münster, 20. Mai 1932

Das am Pfingstmontag nachmittag über dem Münsterland niedergegangene Unwetter vernichtete in dem 16 240 Morgen umfassenden Gebiet der Gemeinde Havixbeck 3680 Morgen Wintersaat. Die vorhandenen 30 000 Obstbäume haben zu 80 Prozent gelitten. Von den betroffenen 400 landwirtschaftlichen Betrieben sind nur 17 gegen Hagel versichert gewesen. Eine ganz rohe Zusammenstellung ergibt allein für die Gemeinde Havixbeck einen Ausfall an Wintersaat von 552 000 RM. und einen Ausfall bei den Obstbäumen, der mit 210 000 RM. angegeben wird, zusammen also einen Schaden von 792 000 RM. Dazu kommen noch die nicht ziffermäßig nachzuweisenden Schäden durch Verschlämmung von Gärten, Zerstörung von Gewächshausanlagen und Schäden an Gebäuden.

Minister Schiele, der am Donnerstag auf dem Verbandstag der ländlichen Genossenschaften in Münster wollte, gab die Versicherung ab, daß mit aller Beschleunigung Hilfe geschaffen werde. Die Reichsregierung werde in erster Linie dafür sorgen, daß die verwüsteten Felder wieder bestellt werden könnten.

Rettungsaussichten für die verschütteten Tunnelarbeiter

New York, 20. Mai 1932

Zur Bergung der in Temuco (Chile) verschütteten 42 Tunnelarbeiter ist eine aus 2000 Mann bestehende Rettungskolonie gebildet worden. Nachdem es ihr gelungen ist, mittels einer Tunnel-Luftfröhre mit den Verschütteten in Verbindung zu treten, hofft man, daß die Bergungsarbeiten Erfolg haben werden.

Französisches Wasserflugzeug abgestürzt

Paris, 20. Mai 1932

Ein französisches Wasserflugzeug, dessen Basis das Flugzeugmutterchiff „Commandant Teste“ war, ist am Donnerstag in der Nähe von Beirut ins Meer gestürzt. Während der Führung des Apparates erkrankte der Begleiter, ein französischer Oberst, mit schweren Verletzungen gerettet werden.

Riesenbetrug in Kopenhagen

Kopenhagen, 20. Mai 1932

Bei dem Oestifternes-Hypothekenverein in Kopenhagen wurden am Donnerstag große Betrügereien aufgedeckt. Durch einen Zufall wurde festgestellt, daß der langjährige Buchhalter des Unternehmens mindestens 500 000 Kronen veruntreut hat. Der Buchhalter namens Klinke war seit 1914 bei dem Hypothekenverein angestellt. Er ist 55 Jahre alt und verheiratet. Klinke galt als sehr vertrauenswürdiger Mann.

DU, GENOSSIN UND DU, GENOSSE!

Was habt Ihr für Eure Zeitung, für die SAZ Die Tageszeitung der Werktätigen getan

Der Bericht des Kapitäns Zur Katastrophe der „Georges Philippart“

Paris, 20. Mai 1932.

Am Donnerstag nachmittag traf bei der Schifffahrtsgesellschaft Messagries Maritimes, der das verunglückte Schiff „Georges Philippart“ gehört, das erste direkte Telegramm des Kommandanten des Schiffes ein, das folgenden Wortlaut hat:

„Am 16. Mai um zwei Uhr morgens wurde von einem Passagier ein Feuer in einer der Kabinen gemeldet. Ich begab mich sofort in die bezeichnete Kabine und stellte fest, daß der Brand mit großer Schnelligkeit um sich griff trotz aller Maßnahmen, die zu seiner Bekämpfung ergriffen worden waren. Nachdem ich die Maschine halten ließ, traf ich alle Vorbereitungen für die Räumung, da ich befürchtete, daß das Hinablassen der Rettungsboote zu einem späteren Zeitpunkt unmöglich würde. Ich habe dann den ersten SOS-Ruf ausgesandt.“

Die Radiostation und die Hilfstation, die sich auf der oberen Brücke befanden, standen fast zu gleicher Zeit in Flammen, obgleich sie von dem eigentlichen Brandherd, der sich auf der D-Brücke befand, weit entfernt waren.

Die Passagiere, die auf dieser Brücke untergebracht waren, wurden zum größten Teil von der ungeheuer schnellen Ausdehnung des Feuers überrascht, hatten nicht mehr die Zeit, ihre Kabinen zu verlassen und erstickten.

Einige andere konnten sich ins Meer stürzen und wurden gerettet. Es gelang mir, zunächst zwei Rettungsboote des Mittelschiffes zu Wasser zu bringen, dem wenig später vier andere folgten.

Das Verlassen des Schiffes ging in größter Ordnung vor sich.

Die Geretteten wurden durch die Schiffe „Sowjetskaja-Neft“, „Contractor“ und „Mas-hud“ aufgenommen. Wenn die unglaubliche Geschwindigkeit, mit der sich das Feuer ausdehnte, nicht von vornherein Opfer gefordert hätte, so würden wir die gesamte Besatzung und die Passagiere haben retten können.

Die Passagiere haben ihre Kaltblütigkeit bis zum letzten Augenblick bewahrt. Die Mannschaft und die Offiziere lieferten den Beweis einer geradezu bewundernswerten Pflichterfüllung.

Ich habe das Schiff als Letzter um acht Uhr verlassen, nachdem es nur noch ein einziges Flammenbündel bildete, und wurde von der „Sowjetskaja-Neft“ aufgenommen. Die Uebernahme derjenigen Passagiere, die von diesem Schiff gleichfalls aufgenommen worden waren, an die „André Lebon“, die Richtung auf Djibuti nahm, fand am Dienstagmorgen um 10.30 Uhr statt. Diese Maßnahme wurde von den Passagieren mit größter Befriedigung aufgenommen.

Es wurden insgesamt etwa 689 Personen gerettet.

Noch keine genaue Zahl der Opfer

Die Zahl der bei der Brandkatastrophe des französischen Dampfers „Georges Philippart“ ums Leben gekommenen Personen scheint wesentlich geringer zu sein, als man ursprünglich angenommen hatte.

Eine ganze Reihe von Passagieren, über die man bisher noch ohne Nachricht war, hat bereits Lebenszeichen von sich gegeben.

Andere, deren Anwesenheit man an Bord vermutete, hatten das Schiff bereits in Colombo verlassen. Außerdem hat man berechnete Hoffnung, daß

die Eingeborenen der Somali-Küste eine Reihe der noch fehlenden Passagiere gerettet

haben. Zwischen diesen Eingeborenen und den Behörden besteht ein stillschweigendes Abkommen, nach dem sie ein Anrecht auf sämtliche Gegenstände und sogar auf die Kleider der Schiffbrüchigen haben, die sie retten, wenn sie nur das Leben der von ihnen in Sicherheit gebrachten Personen achten. Die Eingeborenen haben sich stets an das Abkommen gehalten und die von ihnen geretteten Europäer mit ganz besonderer Sorgfalt behandelt, bis sie ihre Reise fortsetzen konnten. Die französische Regierung hat sich inzwischen an die italienische Regierung gewandt und um eine Untersuchung an der Küste des Somali-Landes zwecks Feststellung möglicherweise geretteter Passagiere der „Georges Philippart“ gebeten.

Kleines Feuilleton

Arbeitslosigkeit der Väter — schlechte Schulzeugnisse

Eine systematisch durchgeführte Beobachtungsreihe an den Breslauer Volksschulen hat ergeben, daß die geistigen Leistungen der Kinder in engstem Zusammenhang mit dem häuslichen Milieu stehen, in dem sie leben. Kinder, die ausgesprochen gute Schüler waren, lassen sofort nach, sobald der Vater arbeitslos wird, ja teilweise sogar schon, wenn durch den bevorstehenden Verlust der Stellung des Vaters und Depression in die Familie getragen wird. Gelingt es dem Vater, wieder eine Be-

schäftigung zu finden, so äußert sich dies in einem sofortigen Ansteigen der Leistungen des Kindes in der Schule.

Der Leuchtturmwächter von Swinoj

Vor kurzem wurde die russische Insel Swinoj durch einen Vulkanausbruch zum großen Teil zerstört. Die meisten Bewohner konnten allerdings, wenn auch zum Teil mit schweren Brandwunden, gerettet werden. Der Leuchtturmwächter hat, obgleich sein Turm schwer bedroht war und schließlich von Lava fast völlig umschlossen wurde, seinen Posten bis zuletzt nicht verlassen, sondern unablässig SOS-Rufe gefunkt, denen die schließliche Rettung der Bewohner zu verdanken war. Vom russischen Staate ist er hierfür belohnt worden.



Theodor Plivier: Der Kaiser ging, die Generale blieben

Plivier, der Verfasser des Buches „Der Kaiser-Kulde“, das einer der wichtigsten Beiträge zur Vorgeschichte der deutschen Revolution ist, bringt in seinem neuen Werk die Zeit vom Anfang Oktober 1918 bis zum 9. November zur Darstellung: einen kurzen, aber äußerst bedeutungsvollen Abschnitt deutscher Geschichte. Mit großem Fleiß und reichem-wertiger Gewissenhaftigkeit hat Plivier die einschlägigen Quellen und Darstellungen aus dieser Zeit und über sie studiert; was er sagt, ist hieb- und stichfest. Darüber hinaus hat es ihm gelungen, das schier unübersehbar Material geschickt zu ordnen, durch eigene Erlebnisse zu ergänzen, recht glücklich das Denken und Handeln der Arbeiter und Soldaten dieser Wochen zu schildern — am treffendsten dort, wo die Matesen auftreten. Wenn trotzdem dieser „deutsche Roman“, wie er sein Buch nennt, nicht so aus einem Guß scheint, nicht so durchweg dramatisch spannend geschrieben ist wie sein erstes Werk, so liegt das wohl in erster Linie daran, daß dieser ungeheure Stoff zu so knapper romanhafter Gestaltung eben nicht einzufangen ist. Immerhin hat Plivier eine sachlich einwandfreie, durchweg gut lesbare, stellenweise mitreißende Darstellung einer Zeit gegeben, aus der wir gar nicht genug wissen und lernen können. Er verspricht im Nachwort eine Fortsetzung seiner Arbeit; das ist zu begrüßen, denn mit dem 9. November beginnt ja wiederum ein höchst bedeutsamer Abschnitt proletarischen Irrsinn und reformistischer Verrates — ein Geschehen, von dem noch viele Schleier herunterzureißen sind, damit die heute und in nächster Zukunft Handelnden entscheidende Lehren daraus ziehen. Dann wird es allerdings auch notwendig sein, über die konterrevolutionäre Rolle der Mehrheitssozialdemokratie weit gründlicher zu sprechen, als es hier geschehen ist. Inzwischen empfehlen wir das jetzt vorliegende Buch zu aufmerksamer Lektüre.

W. F.



Was ist da passiert?

Der Hamburger Rundfunk hatte für Mittwochabend, 19 Uhr, einen Vortrag des sozialdemokratischen Polizeiobersten Danner über das Thema „Achtung, Luftschutz“ als Einführung angekündigt. In letzter Minute wurde dieser Vortrag abgesagt, und zwar mit der Begründung, daß eine Verschiebung aus organisatorischen Gründen stattfinden müsse, da noch verschiedene Fragen sachlicher Art geklärt werden müßten. Die Norag teilte mit, sie würde das Stattfinden des Vortrages noch rechtzeitig ankündigen.

*) Malik-Verlag, Berlin 1932. 346 Seiten. Kartoniert 2,85 Mark, in Leinen 4,50 Mark.

37 Jahre hat „Juno“ das gehalten, was sie immer versprochen hat:

Höchsten Genuß!

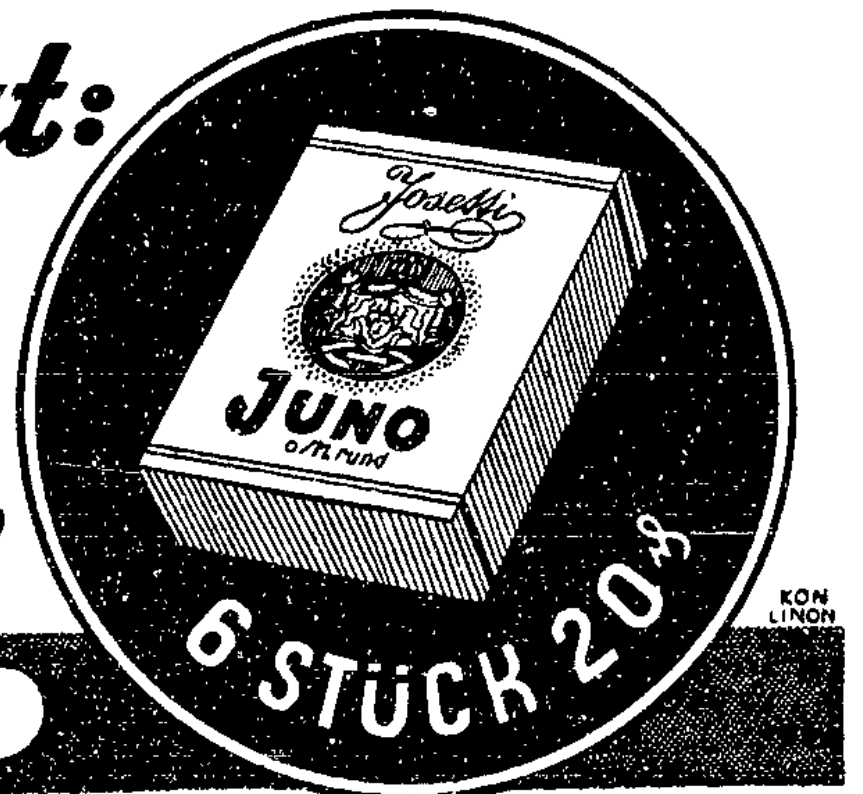
Und alle Zeit werden wir dafür eintreten: Jeder Pfennig Ersparnis kommt dem Tabak zugute! Jede Zugabe würde die Qualität verringern!

Gibt es eine Wahl für uns?

JUNO

enthält keine Zugaben, wie Gutscheine, Wertmarken oder Stückereien.

Sie bietet dafür höchste Qualität und volles Format!



Schulgeldherabsetzung abgelehnt

Das sächsische Volkbildungsministerium hat auf eine Eingabe hin geantwortet, die Regierung könne sich nicht entschließen, eine Schulgeldherabsetzung vorzunehmen, denn die finanzielle Lage des Staates habe sich weiter verschlechtert.

Dresden

Volkshaus. Für das am 23. Mai im Opernhaus stattfindende Sonderkonzert der Staatskapelle (Zeitgenössische Musik) erhalten die Mitglieder der Volkshaus an der Kasse des Opernhauses gegen Vorweis ihrer Mitgliedskarte Eintrittskarten mit 20 Prozent Ermäßigung. — Für die am 26. Mai im Schauspielhaus stattfindende Vollvorstellung „Die göttliche Jette“ findet die Hauptverlosung für die aufgerufenen Nummern 1501 bis 1900 bis einschließlich 25. Mai werktäglich von 11 bis 18 Uhr in der Geschäftsstelle statt. Am Tage der Vorstellung werden die Karten nur noch abends im Theater abgehoben. Die Plätze im 2. Rang, Seitengalerie, werden sowohl in der Geschäftsstelle wie im Theater für 1 Mark abgehoben.

Radeberg

Eine neue Kraftpostlinie verkehrt ab 22. Mai von Radeberg über Lotzdorf, Liegau, Schönborn nach Langebrück. Der Fahrpreis beträgt auf der Gesamtstrecke 65 Pfennig, von Radeberg bis Liegau 40 Pfennig. Während der Hauptbadezeit ist ein Sonderfahrplan zwischen Langebrück Bahnhof und Liegau Schwimmbad vorgesehen mit Rückfahrtscheinen für 40 Pfennig. Zwischen Radeberg und Liegau Schwimmbad werden an Sonntagen im Juni, Juli und August Zwischenfahrten eingelegt.

Chemnitz

„Kampf gegen Arbeitsdienst in jeder Form.“ Über dieses Thema spricht Mittwoch, 25. Mai, 20 Uhr, in Krempels Ballhaus, Klausstraße, Genosse Dr. Walter Fabian in Dresden in öffentlicher Versammlung. Er wird sich besonders mit der Haltung der Gewerkschaften, der SPD, der SAJ und des Reichsbanners zum Arbeitsdienst auseinandersetzen. Die Vertreter dieser Organisationen und andere Befürworter der Arbeitsdienstpflicht erhalten ausreichende Redezeit. Die Versammlung wird vom SJV Chemnitz-Süd veranstaltet.

Planitz

Eine öffentliche Jungarbeiterversammlung hält der SJV Dienstag, 24. Mai, im Volkshaus gegen den freiwilligen Hilfsdienst ab. Es sprechen die Genossen Hans Weber, Plauen, und Carl Hiestermann, Planitz. Genossen, besucht restlos diese Veranstaltung und bringt Sympathisierende mit!

Plauen i. V.

Die Stadtverordnetenversammlung stand im Zeichen des Unterstützungsabbaues. Die von der Kreishauptmannschaft auf höheren Befehl heruntersetzten Wohlfahrtsunterstützungssätze veranlassen die Kommunisten, einen Antrag auf Weiterzahlung der alten Sätze zu stellen. Die SPD gab sich mit einem Antrag zufrieden, der lediglich einen Protest bei der Landesregierung darstellt. Bei der Begründung war Eugen Fritsch sichtlich gehemmt durch die Haltung seiner Partei im allgemeinen und die ihrer Reichstagsfraktion im besonderen. Die Bürgerlichen und auch die Nazis suchten den KPD-Antrag als ein Produkt aus Wolkenkuckucksheim hinzustellen, und die SPD nicht minder. In Wirklichkeit war der Antrag durchaus nicht so, daß man ihn als unannehmbar hätte bezeichnen müssen, darauf wies der Redner der SAP, Genosse Zängry, hin. Es müsse möglich sein, etwas wieder herbeizuführen, was schon einmal bestanden habe. Für andere Dinge, wie Subventionierungen kapitalistischer Betriebe, Stützung zusammengebrochener Banken, hohe Gehälter und hohe Militärausgaben sei Geld aufgetrieben worden. Den Sozialdemokraten

Justizterror gegen SAP

Für einen Satz drei Monate Gefängnis

Vor einiger Zeit fand in Glashütte (Sachsen) eine Erwerbslosenversammlung statt, in der gegen die Einrichtung des sogenannten freiwilligen Arbeitsdienstes im Orte protestiert wurde. Den Vorsitz in dieser Versammlung führte Genosse Kurt Wolf (SAP). In seinen zusammenfassenden Ausführungen erklärte er,

wenn der Protest der Erwerbslosen beim Bürgermeister nichts nützte, so würden die Erwerbslosen eventuell mit Gewalt den Arbeitsdienst unterbinden müssen.

Aus dem ganzen Zusammenhang war vollkommen klar, daß Genosse Wolf dabei an die geplante Demonstration der Erwerbslosen zum Arbeitsplatz der Arbeitsdienstler dachte. Trotzdem wurde er

wegen dieses einen Satzes unter Anklage gestellt wegen Verstoßes gegen die Notverordnung vom März 1931 zu einer Gefängnisstrafe von drei Monaten verurteilt!

Der Richter, Amtsgerichtsrat Dr. Koch (als besonderer Nazifreund bekannt) ließ selbst in seiner Urteilsbegründung durchblicken, daß dieses Strafmaß — die Mindeststrafe der Notverordnung — in diesem Falle zu hoch sei. Um so mehr müßte es Pflicht des hierfür zuständigen Justizministeriums sein, auf dem Gnadenwege die Aufhebung dieses empörenden Urteils zu ermöglichen!

sagte unser Redner, daß sie ein Doppelspiel treiben, wenn sie auf der einen Seite Notverordnungen tolerieren und auf der andere protestieren gegen die Folgen, die solche Notverordnungen hervorgebracht haben. Diesen Notverordnungen könne man nur zu Leibe gehen, wenn die Arbeiterklasse geschlossen energischsten Widerstand gegen jede Regierung leiste, die solche Notverordnungen verordne. Solchen Widerstand zu organisieren, habe die SPD aber unterlassen, weil sie weder mit ihrer eigenen Politik noch mit der Regierung, die sie stützt, in Widerspruch setzen will. Den Kommunisten wurde von unserem Redner gesagt, daß man sich in der heutigen politischen Lage keinem parlamentarischen Kretinismus hingeben dürfe. Schließlich wurde der kommunistische Antrag angenommen, auch von den Nazis, obwohl sie in der Debatte dagegen polemisiert hatten. Auch sie stützten sich auf die gesetzlichen Bestimmungen — das heißt auf die Notverordnung des Systems, das sie stürzen wollten. Wir möchten aber schon heute die Arbeitslosen vor Illusionen warnen. Sie mögen nicht glauben, daß nun, da die Mehrheit des Kollegiums beschlossen hat, die alten Sätze wieder zu zahlen, dies auch geschehen wird. Es wird diesem Beschluß eben so gehen wie vielen anderen gleicher Art, die nie durchgeführt wurden. Den Gemeinden ist heute das Selbstbestimmungsrecht genommen; das ist auch ein Produkt der Notverordnung. Die Arbeiterschaft kann sich gegen derart brutale Verordnungen nur wehren, indem sie in geschlossener Phalanx als Klasse gegen die Herrschenden kämpft. Auf diesen Weg verweisen wir sie immer wieder, weil er der einzige ist, der Reaktion Einhalt zu gebieten.

Hagen

Anklage gegen einen Stadtobersekretär. Gegen den Stadtobersekretär Joseph Meier ist Anklage wegen Meineides erhoben worden. Oberbürgermeister Dr. Raabe wurde dienstlich hiervon in Kenntnis gesetzt. Aus seiner emsigen Tätigkeit als Häuser-, Hypotheken- und Versicherungsmakler sind die schwerwiegenden Vorwürfe gegen Meier entstanden. Die Privatität dieses Herrn war der Hagener Stadtverwaltung seit langem bekannt. Als einziges Ergebnis wiederholter Anzeigen und Klagen wurde Meier vom Rechtsamt zur Wohlfahrtsabteilung versetzt, wo er jetzt noch seinen Dienst versieht. Man darf auf die Stellungnahme des Regierungspräsidenten gespannt sein.

Frankfurt a. M.

Ein Pfingst-Zeltlager veranstaltete der Frankfurter SJV im schönsten Teil des Taunus: im Wildpark bei Anspach. Trotz der Schwierigkeiten, die ein Nazi-Förster uns im letzten Augenblick bereiten wollte! Es gibt wohl keinen Teilnehmer, der unbefriedigt

nach Haus zurückgekehrt wäre. Mit den Offenbacher, Friedberger und Darmstädter SJV-Genossen, die unserer Einladung gefolgt waren, sind knapp 140 Genossen vertreten gewesen. Neben ausgedehntem Faulenzen in der Sonne, neben Spiel, Sport und Singen ist vor allem auch die politische Schulung nicht zu kurz gekommen! Daß alles so vorzüglich geklappt hat, ist nicht zuletzt dem Genossen Müller-Anspach und einigen Jugendgenossen aus Innenstadt und Rödelheim zu danken, die bei den Vorbereitungsarbeiten keine Mühe gescheut haben.

Großfeuer bei der Rhenus-Transport-Gesellschaft. Am Donnerstag brach 1/7 Uhr morgens bei der Rhenus-Transport-Gesellschaft am Untermainkai ein Brand aus. Infolge der starken Hitze explodierten eine Anzahl Oelfässer. Im Nu stand der Schuppen in Brand. In mehrstündiger Arbeit gelang es der Feuerwehr, den Brand auf seinen Herd zu beschränken. Der Schuppen brannte völlig nieder.

Sportschau der SAZ

Handball im Zwickauer Kohlengbiet

Niederhalla 1—Planitz I (11 Uhr). Am Sonntag steigt in Halla ein Kampf von großer Bedeutung, der ausschlaggebend für die Tabellenführung der ersten Klasse ist. Planitz sieht auskennlich ungeschlagen an der Spitze. Halla an zweiter Stelle. Wegen der ausgeglichenen Spielstärke der Spitzemannschaften der 1. Klasse kann das Spiel für den diesjährigen Kampf um die Bezirksmeisterschaft ausschlaggebend sein. Weiter finden am Sonntag folgende Spiele statt: Cainsdorf I—Wilkau I (15.30 Uhr); Werdau I—Leubnitz I (Sonabend 17.30 Uhr); Zwickau I—Eiche-Plauen, 1. Abteilung I (16.45 Uhr); Oberretzenbach I—Crimmitschau II (14 Uhr); Rainsdorf I—Wilkau II (10 Uhr); Zwickau I—Eiche-Plauen II (10 Uhr, Siedlung Nord); A. K. Klasse: Rens-Zwickau—Wilkau (18 Uhr, Fichte); A. Klasse: Rensdorf—Stöcken (11 Uhr). Jugendliche: Cainsdorf—Neukirchen (14.15 Uhr); Stöcken—Wilkau (14 Uhr); Knaben: Halla—Cainsdorf (9 Uhr); Oberholla—Planitz (9.30); Lichtentanne—Wanzen (13.30 Uhr); Crimmitschau—Neukirchen (11 Uhr); Werdau—Ebersbrunn (10 Uhr). Sonabend: Cainsdorf II—Zwickau III (18 Uhr); Zwickau-Jgd.—Halla-Jgd. (18.30 Uhr); Planitz II—Schedewitz I (18.30 Uhr).

Faustball am Sonntag!

In Reuth: O.-Reichenbach I—Mylan I (6 Uhr); Reuth I—Mylan I (6.45 Uhr); Reuth I—O.-Reichenbach I (9.30 Uhr); Reuth II—Mylan II (10.15 Uhr). — In Limbach: Limbach I—Schöbrunn I (9 Uhr); Limbach II—Schöbrunn II (9.30 Uhr).

Turnen im Zwickauer Bezirk.

Fortgeschrittene Geräteturner! 1. Gruppe: Sonnabend, den 21. Mai, abends 7 Uhr, in Cainsdorf Übungsstunde. Anschließend Sitzung im Turnerteil. — 2. Gruppe: Sonntag, den 22. Mai, vormittags 8.30 Uhr in Werdau. Geräteturner, erscheint zahlreich, es finden in beiden Übungsstunden wichtige Besprechungen betr. Bezirksfest statt. Techn. Bezirksleitung ist anwesend.

Kampfrichtervereinigungen! Der Kampfrichterkursus für Leichtathletik findet nicht am 29. Mai, sondern am 5. Juni in Cainsdorf statt.

Wiederholung des Wöldchestages. Da der Wöldchestag vollständig verregnet, wird er am Sonntag nochmals wiederholt.

Anspach i. Ts.

Öffentliche Versammlung. Nachdem die erste Versammlung der SAP durch die Sabotage der SPD nicht zustande gekommen war, hielten wir eine neue zweite Versammlung ab. Eine stattliche Zahl von Arbeitern war erschienen, um über unsere Wege und Ziele vom Gen. Portune zu hören. Portune ging kurz auf die Sabotage der SPD ein. Auf die Demagogie der Altra Röhle sind wir seinerzeit auf Flugblätter eingegangen, und diese hatten gewirkt. Daraus läßt sich auch der Verlauf unserer zweiten Versammlung erklären. Genosse Portune ging besonders auf die Landtagswahlen ein. Seine Ausführungen wurden mit gespanntem Interesse verfolgt, ganz besonders die Erklärungen über die innerparteilichen Verhältnisse der SPD. Genosse Müller sprach noch kurz zu der Versammlung und forderte sie auf, die SAP in ihrem Kampf zu unterstützen. Zwei Abonnenten wurden in dieser Versammlung wieder für unsere Presse gewonnen. Erfreulich ist auch die Tatsache, daß wieder eine Anzahl jüngerer Klassen-genossen zu uns gestoßen sind.

Elmshorn

Laut Notverordnung . . . ! Der neueste Dreh! Der Sozialistische Jugendverband veranstaltet Mittwoch, 25. Mai, 20 Uhr, im „Klosterhof“ (kleiner Saal), einen Diskussionsabend im Rahmen einer öffentlichen Jungarbeiterversammlung. Einer unserer Genossen meldete bei der Polizeiverwaltung die Versammlung an und siehe da, „laut Notverordnung — 2 RM. Gebühr“. Feine Methoden in der „freiesten“ Republik der Welt. Unsere Jugendlichen werden sich trotzdem nicht davon abhalten lassen, die Versammlung zu veranstalten. Das Thema lautet: „Gegen Faschismus und Arbeitsdienst!“ Referent: Genosse Franz Bobzien vom Hauptvorstand. Falls der Genosse Bobzien bis dahin noch wegen Staatsgefährlichkeit im Gefängnis ist, wird ein Vertreter des Bezirksverbandes sprechen. KJV und die SAJ sind schriftlich eingeladen. Die Parteigenossen nehmen an der Versammlung teil. Eintritt frei.

Fr. TuSo. Zwickau! Programm zum Antunten am 22. Mai auf Sportplatz Siedlung Nord: 7 Uhr: Stellen zum Wettkamp. Dreikampf für Sportler; Weitsprung, Medizinballwettkamp mit zwei Händen, 100-m-Lauf. Passselbe für Jugend in Uhr; Handball Zwickau 2 Eiche-Plauen 2. 11 Uhr: Fußball: Zwickau Nord Jugend. 13.30 Uhr: Stellen zum Wettkamp aller Teilnehmer durch die Siedlung. Anschließend Preisungen der Kinder, Turnertinnen, Sportler und Turner. 15.15 Uhr: Fußball: Zwickau-Nord I—Mylan I. 16.45 Uhr: Handball: Handball Zwickau I—Plauen Eiche I. Abtlg. I. Anschließend auf dem Sport- und Turnplatz hinter dem Siedlerheim Geräteturnen, Jugend: Piersdsprünge, Turnertinnen: Sitzbarren, Turner: Hochreck. Nach Eintritt der Dunkelheit: Planimenschwingen. Alle Einwohner von Zwickau, besonders der Siedlung Nord, werden zu zahlreichem Besuch eingeladen.

Kleine Sportnachrichten

Freie Turnerschaft „Nord“, Frankfurt a. M. Sonnabend, 21. Mai, pünktl., 20 Uhr, in Reitz, Preussenschloß, Quartalsversammlung. Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht. Düsseldorf Schwimmerjugend wirbt! Am Sonnabend, 21. Mai, 20 Uhr, veranstaltet die Freie Schwimmerjugend in der Lessing-Oberrealschule einen Jugend-Wettkampabend. U. a. Inhalt der Film: „In freien Stunden des sonnigen Land“. Eintritt 20 Pf., Erwerbslose 10 Pfennig.

Organisationsnachrichten

SAP und SJV Kamenz. Der ADOB läßt den Film „Im Westen nichts Neues“ vom 23. bis 25. Mai in den Kammerrichterspielen laufen. Wir bitten unsere Genossen, diese Veranstaltung zu besuchen. Sozialistische Arbeiterkinder U.-B. Zwickau: Montag, 20 Uhr, Heilenaussprache im Schreiberheim Planitz-N. Alle Gruppen müssen vertreten sein. SAP Ortsverein Düsseldorf. Mittwoch, 25. Mai, Mitgliederversammlung, 20 Uhr, im Lokal Taunus, Wehrhahn 70. SJV Düsseldorf-Bilk. Dienstag, 24. Mai, 20 Uhr, in der Friedenshalle. Gen. Belege über „Ergebnisse aus der Revolutionszeit“. SJV Düsseldorf-Rath. Freitag, 20. Mai, 20 Uhr, Zentrale. SJV und Kindergruppe Düsseldorf-Rath. Sonntag, 22. Mai, 17 Uhr, am Kreuzweg zur Tagestour zum Rhein. Rücksackverpflegung und Badezugang mitbringen. Deutscher Freidenkerverband. Ortsverein Düsseldorf. 23. Mai, Frauenversammlung für alle Unterzahlstellen, 20 Uhr, bei Betz, Karlsplatz. Referent: Dr. Levi. — 27. Mai, öffentliche Versammlung, 20 Uhr, im Kaisersaal der Fonhalle. Referent: Gen. Schulte, Köln.



Unser Schaden am Bein
Grundsätzliche Überlegungen über
proletarisches Theater
Von Ernst Krumborg

Unser Schaden am Bein — das ist an den Sprechbühnen die ewige Direktorenkrise, die leeren Häuser, die hohen Stargagen, die stellunglosen Schauspieler, die geistige Verflachung, der reaktionäre Kurs.

Gegen diesen Schaden am Bein ihrer gesellschaftlichen Funktion haben sich nun einige Menschen zusammengetan und ein „Kollektiv Hamburger Schauspieler“ gegründet. Ein Kollektiv, wie es sein muß: ohne Stars und ohne Direktor, ohne herausgestellte Künstler und ohne zurückgestellte Artisten. Nach einem Stück von J. M. Prigge haben sie gemeinsam eine zeitkritische Revue „Unser Schaden am Bein“ sich auf den Leib geschrieben.

In dieser Revue, die, wie einer von ihnen sehr richtig sagt, „mehr eine Zeitung, als ein Theaterstück“ ist, stellen sie in bunten, einleuchtenden Bildern Tatsachen, nichts als Tat-

sachen fest. Das Kollektiv spielt die Rolle des Arztes, der den Gesellschaftskörper untersucht, die Krankheit feststellt und das Rezept für die Heilung gibt.

Die Krankheit, die beseitigt werden muß, ist das kapitalistische System; das Rezept für die Gesundheit der Gesellschaft ist die Vergesellschaftung der Produktionsmittel. Das alles wird im „Schaden am Bein“ ausgesprochen, aber damit ist nicht alles gesagt.

Eine Operation zu unrechter Zeit kann den kranken Körper zu noch schlimmerem Siechtum bringen. Bevor man den Radikalschnitt gegen das kapitalistische System wagen kann, ist notwendig, zunächst jene Kräfte im Körper der Gesellschaft zu stärken, die Funktionen sowohl während als nach der Operation auszuüben haben. Man kann den Kapitalismus nicht beseitigen ohne die Solidarität der Arbeiterklasse, ohne die geschlossene Front der Proletarier.

Wir wollen nicht sagen, daß das Kollektiv diese Notwendigkeit verneint, aber es hat darüber geschwiegen. Damit tritt hier ein wichtiges Problem zutage, bei dem das Kollektiv sich entscheiden muß. Will man Theater machen, vom proletarischen Standpunkt zwar, aber mit dem Blick auf die Werbung des schwankenden Bürgers gerichtet, so mag der eingeschlagene Weg richtig sein. Will man aber proletarisches Theater für die Proletarier selbst geben, so genügt das nicht, was

man uns im „Schaden am Bein“ gezeigt hat. Dann muß das Kollektiv es sich zur Aufgabe machen, ganz unbefangen die Probleme aufzurollen, um die man in der Arbeiterbewegung selbst noch ringt. Dann muß auf der Bühne, anstatt wie früher mit Strindberg, Ibsen, Wedekind nach dem Weg der bürgerlichen Klasse heute nach dem Weg für die Arbeiterklasse gesucht werden.

Was ist wichtiger: ein paar haltlose Bürger zu gewinnen, oder Klarheit in die Köpfe der Proletarier zu bringen, die heute in ihrer übergroßen Mehrheit aus Enttäuschung über das Versagen der Parteien in dumpfer Resignation und Verzweiflung abseits oder im falschen Lager stehen? Unsere Zeit erfordert die eine alles bestimmende Generallinie: Wiedererweckung und Sammlung aller proletarischen Kräfte. Was die Parteien nicht erreichen, kann die proletarische Bühne zum mindesten fördern. Das klassenbewußte Schauspielerkollektiv sollte hier eine große Aufgabe sehen.

Es gibt so viele Probleme in der Arbeiterbewegung, um die noch heute heiß gerungen wird. Die Bühne kann jene neutrale Zone sein, auf der ohne Richtungdemagogie diese Probleme in das (Rampen-) Licht der nackten Tatsachen und ihrer dialektischen Widersprüche gesetzt werden können. Das Proletariat braucht solche Mittelpunkte, wo ohne selbstzerfleischende Saalschlachten die Dis-

kussion wieder an die nüchternen Ausgangspunkte des Suchens nach dem richtigen Weg herangeführt wird. Auch das Kollektiv Hamburger Schauspieler sollte sich zu einem solchen Mittelpunkt machen.

Das alles soll keine kleinliche Nörgelei an der Aufführung sein, sondern im Gegenteil in völliger Bejahung des Kollektivs einen Versuch darstellen, die Aufmerksamkeit auf die positiven Möglichkeiten künftiger Gestaltung der Kollektivarbeit zu lenken. Dies vorausgesetzt, braucht über die erste Aufführung in der Hamburger Volksoper nicht mehr viel gesagt zu werden. Die neue Form, die die Technik des überlieferten Dramas zum alten Eisen wirft, ist nicht angreifbar. Zwar ist manches noch unfertig, bedarf noch der Ausarbeitung in der künftigen Praxis.

Alles in allem: ein verheißungsvoller, ein erfolgreicher Anfang. Geht hin, Proletarier, unterstützt jene, die zu euch gehören. Erweitert durch euer Interesse und eure Anteilnahme das Kollektiv der Schauspieler der ganzen Klasse.

Am Sonntag, dem 22. Mai, findet in der Hamburger Volksoper, vormittags 11 Uhr, die erste Wiederholung der Aufführung statt. Eintrittskarten kosten 0,60, 1,— und 2,— M. Erwerbslose zahlen auf allen Plätzen die Hälfte. Garderobenzwang besteht nicht. Karten bei Tietz, an der Theaterkasse usw.

Wie ein Pastor für seine Tochter sorgt

40 000 Mark Provision aus „kirchlicher Liebestätigkeit“

Zu Beginn der heutigen Verhandlung im Devaheim-Prozess wurde die Vernehmung der Angeklagten zur Anklage der Wechsel-fälschungen fortgesetzt. Wilhelm Joppel wird vorgeworfen, daß er einmal vier Wechsel über je 10 000 Mark eigenmächtig mit der Unterschrift des Vorstandsmitgliedes Schwarze der Baugenossenschaft versehen habe. Vors.: „Es wird Ihnen weiter vorgeworfen, daß Sie Wechselblanketts, die Ihr Konzern von der Stephanadach im Portefeuille hatte, ohne Erlaubnis dieser Gesellschaft ausgefüllt und in den Verkehr gegeben haben, und zwar einen Wechsel über 300 000 und einen über 200 000 Mark. Einen dieser Wechsel sollen Sie auch wieder mit der Unterschrift „Schwarze“ versehen haben.“ Wilhelm Joppel gab hierzu eine längere Darstellung, in der er, wie gewöhnlich, jede Schuld bestreitet.

Dann wandten sich die Erörterungen dem Anklagekomplex der unrechtmäßigen Verwendung von Vermögenswerten der Konzerngesellschaften durch Vorstandsmitglieder zu deren eigenen Nutzen zu. Dabei wurde noch einmal kurz die hypothekarische Belastung einer wertlosen Kiesgrube durch Joppel gestreift und dann der Fall einer abermaligen Fingierung eines Sparvertrages herangezogen, der insbesondere Cremer jun. zur Last gelegt wird. Ernst Wilhelm Cremer wollte selbst einen Sparvertrag abschließen, aber nicht mit seinem eigenen Namen in Erscheinung treten, und deshalb wurde ein alter Sparvertrag eines Herrn Fietz über 2000 Mark umgeändert auf den Namen eines Postangestellten Meßmann aus Neustadt a. d. Dosse und auf den zehnfachen Betrag, nämlich auf 20 000 Mark. Nach der Anklage ist dieser Vertrag einfach fingiert worden, ohne daß Meßmann eine Ahnung davon hatte.

Cremer jun.: „Ich bestreite, daß der Vertrag fingiert war.“

Vors.: „Sie halten es also für zulässig, einfach Verträge unter anderem Namen abzuschließen.“

Cremer jun.: „Absolut, das ist doch bei uns sehr häufig der Fall gewesen.“ (Allgemeine Bewegung.)

Vors.: „Auf diesen Vertrag ist nun eine Zuteilung erfolgt, von der 10 000 Mark auf Ihr Konto, die anderen 10 000 Mark auf das Konto Wilhelm Joppels bei der Städtischen Sparkasse in Mülheim gingen.“

Als der Anklagevertreter hierzu in längeren Ausführungen den Sachverhalt erörterte und das unzulässige Vorgehen des Angeklagten Cremer jun. demonstrierte, kam es zu einem heftigen Zusammenstoß mit der Verteidigung, da die Rechtsanwälte Dr. Möhring und Herold dagegen protestierten, daß die Staatsanwaltschaft zu jedem Anklagepunkt ein Zwischenplädoyer halte und auf diese Weise das Bild der Hauptverhandlung verzerrte.

Die Verhandlung wandte sich dann dem Sparvertrag des Angeklagten D. Cremer zu. Dieser schloß im Jahre 1930 bei der

Deuzag einen Kapitalbildungsvertrag über 100 000 Mark ab, auf den monatlich 250 Mark eingezahlt werden sollten. Nach der Ansicht der Anklage hat D. Cremer selbst aber keine Einzahlungen geleistet, trotzdem weist sein Konto eine Guthabenschrift von 3600 Mark auf, die aus angeblichen Provisionen der Deuzag überbucht worden sind, worin die Anklage Untreue erblickt, da Cremer auf derartige Provisionen seinen Anspruch habe.

Vors.: „Aus welchem Grunde wurde der Vertrag abgeschlossen?“

Pastor Cremer: „Um meiner Tochter, die Leiterin eines Kinderheims ist, die Möglichkeit zu geben, sich mit einer Freundin selbständig zu machen.“

Vors.: „Und wie ist es zu den Einzahlungen gekommen?“

Angekl.: „Die sind ohne mein Wissen erfolgt.“

Vors.: „Hatten Sie denn überhaupt Provisionen von der Deuzag zu bekommen?“

Pastor Cremer: „Nein, ich habe auch tatsächlich von den ganzen Gesellschaften keinen Pfennig erhalten.“

Der Angeklagte Joppel erklärte hingegen, daß er die Uebertragung der Provision im Einverständnis mit D. Cremer gemacht habe, was dieser aber bestritt.

Staatsanwalt Dr. Eichholz:

„Die Anklage steht auf dem Standpunkt, daß Sie die Einzahlung auf den Sparvertrag aus Ihren Kontoauszügen ersuchen mußten. Wenn auf meinem Postscheckkonto beispielsweise 3500 Mark plötzlich zuviel gebucht sind, dann fällt mir das doch auf.“

D. Cremer: „Ich habe die Kontoauszüge nicht gesehen.“

Einen weiteren Punkt der Anklage bildet der Sparvertrag des Angeklagten Generaldirektor Wilhelm Joppel.

Auch hier steht die Anklage auf dem Standpunkt, daß die Einzahlung von 3000 Mark auf diesen Vertrag konstruiert sei. Joppel erklärte aber, er habe von der Baugenossenschaft Provisionen in Höhe von 30—40 000 M. zu bekommen gehabt, wovon die 3000 Mark einen Vorschuß darstellten.

Staatsanwalt: „Wo befindet sich denn der Provisionsvertrag, aus dem die Berechtigung der Forderung hervorgeht?“

Angekl. Joppel: „Das war der sogenannte Anstellungsvertrag. Ich sollte das selbst bekommen wie Kocks. Es handelte sich um einen Beschluß des Aufsichtsrats, und es sind drei eidesstattliche Versicherungen darüber vorhanden.“

Staatsanwalt: „Es ist uns nicht gelungen, ein derartiges Protokoll des Aufsichtsrats zu finden.“

Hierauf ging man auf den sogenannten Fall Lohmann ein, bei dem es sich darum handelt, daß der Schwager des Rechtsanwalts Wronker-Flatow, Lohmann, aus der Auslandsanleihe des Centralausschusses für Innere Mission, die für die Wohlfahrtsrichtungen gegeben war, als Privatmann einen Kredit von 150—200 000 Mark erhielt, was die An-

klage als Untreue der Angeklagten Wilhelm Joppel und Claußen ansieht.

Der Angeklagte Claußen schilderte auf Veranlassung des Vorsitzenden zunächst seinen Lebenslauf. Auf Veranlassung von Wronker-Flatow habe er, Claußen, im März 1928 die Verwaltung der Anleihe übernommen. „Sofort bei Beginn meiner Tätigkeit mußte ich feststellen, daß bei der Verwaltung der Anleihe katastrophale Verhältnisse herrschten und sie zu 60 Prozent fehlerhaft worden war. Ich mußte auch die Entdeckung machen, daß der Buchhalter Otto vom Devaheim, der nebenamtlich die Anleihe bisher betreute, auf Veranlassung der Hilfskasse Unterlagen über einen Kredit an die Firma Rambaum, den Pastor Cremer abgeschlossen hatte, entfernt hatte. Ich konnte D. Cremer zuerst nicht gleich sprechen, weil er verreist war, dann gab er aber zu, daß Unklarheiten herrschten, und sagte, er freue sich, daß ich Ordnung schaffen wolle. Es waren auch Kredite von dem Geld der Auslandsanleihe an Devaheim in Höhe von 40 000 und 140 000 Mark gegeben worden, und zwar ohne Quittung, ohne Anerkennung, ohne Sicherheit. Nach meiner Ansicht war die Devaheim damals schon im Konkurs, denn sie war nach ihrer ganzen Beschaffenheit als Bausparkasse gar nicht in der Lage, die Kredite zurückzuzahlen.“

Vors.: „Wir wollten zunächst nur über Ihre Personalien etwas hören.“

Angekl. Claußen: „Diese Dinge sind wichtig, auch in bezug auf die Schweigegelder. Ich habe nie geschwiegen, sondern alle Instanzen auf kirchlichem Gebiet über die Vorkommnisse in Kenntnis gesetzt, allerdings leider ohne daß etwas erfolgte. Ich bin zwar nicht wegen der Schweigegelder angeklagt, aber ich muß mich dazu äußern.“

Vors.: „Dazu kommen wir noch bei den einzelnen Punkten.“

Claußen ging dann auf den Fall Lohmann ein und erklärte, die von Joppel gegebene Darstellung widerspreche in allen Punkten der Wahrheit. Er, Claußen, habe nie selbständig über die Gelder verfügen können, daß sei Sache eines Verteilungsausschusses gewesen, dem Rechtsanwalt Wronker-Flatow, D. Mumm, D. Cremer, Dr. Lieben und Excellenz v. Dombois, der frühere Präsident der Seehandlung, angehört.

Der Angeklagte Wilhelm Joppel behauptete demgegenüber, daß Claußen verfügungsrechtlich gewesen sei. Claußen blieb dabei, daß er mit der ganzen Angelegenheit als Verwalter der Auslandsanleihe nichts zu tun gehabt, sondern geglaubt habe, daß der Kredit an Lohmann aus Mitteln der Baugenossenschaft gegeben würde, daß er sich also um keine zweckwidrige Verwendung des Geldes handele. Hierauf ging man auf einige weitere Punkte der Anklage ein.

„Der Beweis nicht erbracht“

Das Urteil im Soelling-Prozess

Nach längeren Ausführungen der Rechtsanwälte Bloch und Klee und nach einer mehrstündigen Beratung verurteilte das Schöffengericht Berlin-Mitte unter Vorsitz von Amtsgerichtsrat Unger in später Abendstunde den Redakteur Dr. Hirsch vom „Acht-Uhr-Abendblatt“ wegen fortgesetzter übler Nachrede in Tateinheit mit Beleidigung des Landgerichtspräsidenten Soelling zu einer Geldstrafe von 500 Mark, hilfsweise zu 10 Tagen Gefängnis.

In der Urteilsbegründung

führte der Vorsitzende aus, daß der Beweis nicht erbracht worden sei, daß Soellings Wechsel von Namen und Glaube und daß sein Eintritt in die SPD im September 1918 aus spekulativen Gründen erfolgt sei. Das Gericht halte es aber für erwiesen, daß der Nebenkämpfer Soelling aus der Sozialdemokratischen Partei ausgetreten sei, weil er den erstrittenen Posten des Präsidenten am Disziplinarhof nicht erhalten habe. Diese Tatsache habe der Nebenkämpfer eigentlich auch nicht bestritten. Wenn Soelling zwei Tage nach dem Scheitern des Versuchs, Disziplinargerichtspräsident zu werden, aus der Partei ausgetreten sei, so könne man daraus keinen anderen Schluß ziehen, als daß diese Tatsache seinen Austritt veranlaßt habe. Die weiteren Behauptungen des Artikels, daß Soelling die Partei verlassen habe, weil er keinen Nutzen mehr von ihr erwarten konnte, und daß er aus Karrieregründen deutschlandweit geworden sei, seien nicht bewiesen worden. Bei dem Vorfall in der nationalsozialistischen Versammlung im

Sportpalast habe das Gericht festgestellt, daß Soelling an der Versammlung in einer für einen Landgerichtspräsidenten merkwürdigen Kleidung, im Sportheim, teilgenommen und den Fachleitungsgruß mitgemacht habe. Dagegen seien die Behauptungen der Zeitung, daß er „Heil Hitler“ und „Deutschland erwache“ gerufen und dadurch den Nationalsozialismus gebilligt habe, nicht erwiesen. Die Äußerung des Richters Hückinghaus habe das Gericht nicht weiter beschäftigt, da die Wahrheit oder Unwahrheit der Behauptungen für diese Prozedur unerheblich wäre. Allerdings könne das Gericht nicht billigen, daß ein Richter einen untergeordneten Richter irgendwie politisch zu beeinflussen versucht.

Eine Erklärung des Berliner Polizeipräsidenten

TU. Berlin, 20. Mai 1932.

Der Polizeipräsident teilt mit: „Nach einem Zeitungsbericht hat der Landgerichtspräsident Dr. Soelling in seinem Prozeß gegen das „8-Uhr-Abendblatt“ vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte gestern ausgeführt, daß es richtig sei, daß er bei einer nationalsozialistischen Versammlung bei den „Heil-Hitler“-Rufen die Hand gehoben habe. Er habe dabei aber an eine Verfügung des Polizeipräsidenten Grzesinski gedacht, der einmal Schutzpolizistbeamte gerüffelt habe, weil sie in einer nationalsozialistischen Versammlung bei den „Heil-Hitler“-Rufen nicht die Hände mit erhoben und dadurch Unruhe in die Versammlung gebracht hätten.“

„Wenn dieser Bericht die Ausführungen richtig wiedergegeben hat, dann ist zu sagen, daß an dieser Behauptung des Herrn Präsidenten des Landgerichts I, Dr. Kurt Soelling, kein wahres Wort ist.“



Copyright by AGIS-VERLAG, Berlin-Wien, 1931. Alle Rechte, insbesondere die des Nachdrucks, der Übersetzung und Radioverbreitung, vorbehalten.

12. Fortsetzung

Jetzt war man hier. Da gab es Millionen Menschen. Da wurde gehohelt, immer feste, und dann fielen Späne, immer feste. Herr Leukel und andere sollten sie zusammenkehren und auskehren. Vielleicht war damit noch was Vernünftiges anzufangen. Den einen Span steckte man in eine Anstalt, da wurde er besser oder schlechter. Den andern ins Gefängnis, den andern in eine Lehrstelle, in Arbeit. Schneller, schneller, Herr Leukel, da draußen stehen schon andere. Schneller, schneller, da saust auch hier das Rad.

Hier gibt's keine Menschen. Nur Späne. Nicht denken. Denken ist unpädagogisch. Ist unsozial. Los, los.

Da weint eine Mutter: Der Junge geht auf den Strich.

Ein Vater sitzt gebrochen auf dem Stuhl: „Gestern hat er einen Raubüberfall gemacht.“ „Helfen Sie ihm doch. Der Junge geht unter.“

„Was wollen Sie? Hier gehen viele unter. — Wir haben noch andere Sachen. Wir tun, was wir können.“

Reichsjugendwohlfahrtsgesetz Paragraph 1: „Jedes deutsche Kind hat Anspruch auf Erziehung zur leiblichen, seelischen, gesellschaftlichen Tüchtigkeit.“

Und soweit der elterliche Geldbeutel nicht

ausreicht, wird großartig verheißen: „... tritt die öffentliche Jugendhilfe ein.“

Fünftausendzweihundertachtundsiebzig Strafverfahren gegen Jugendliche bis zu achtzehn Jahren wurden in einem Jahr in dieser Stadt zum Abschluß gebracht.

Achttausend Jugendliche bis einundzwanzig Jahren wurden in der Fürsorgeerziehung untergebracht.

Triumph! Triumph!

Hier liegt die Statistik.

Wo gehohelt wird, fallen Späne.

Hier liegt das Werk.

Wo gehohelt wird, fallen Späne.

„Kehren Sie zusammen, Herr Leukel.“

Machen Sie schnell, es kommen schon neue.“

... Wird die Arbeitslosigkeit auch in diesem Jahre ihre steigende Tendenz behalten ...

„Alles geht vorüber“, denkt Herr Leukel.

Der Arbeitsnachweis teilt ihm telephonisch mit, daß mit einer Arbeitsvermittlung des Arbeitsburschen Walter Lahn nicht zu rechnen sei.

„Es wird auch von uns anerkannt, bevorzugte Berücksichtigung begründet, Junge gefährdet, aber ... bedauern, die allgemeine Lage verbietet ...

Gewiß, gewiß ...

*

Hans Schulze hat heute im Geschäft Pech.

Im Vorübergehen hat er mit dem Arm einen Topf, prima Stelngut, Preis drei Mark fünfzig, gefaßt und heruntergestoßen. Der Topf zerbricht polternd. Fräulein Lotte ist außer sich. Herr Schülke tobt. Soll ich das nun bezahlen? Werde Ihnen abziehen. Keine Augen im Kopf. Und dann „Halten Sie den Mund!“

Aber Hans will ja nichts sagen. Er ist ja wirklich im Unrecht. Er will davonlaufen. Da ist wieder der Bahnhof, da stehen die Züge. Und dann wird es ihm ganz klar. „Hier heraus, hier heraus.“ Alles ist versaut. Es hat ja keinen, gar keinen Zweck mehr. Einsteigen, abfahren ...

Irgendwo in der Welt muß es anders sein. Schaden gutmachen. Raten zahlen. Abziehen.

„Schmeiß die Arbeit ...“

„Geht, nicht. Heute nicht. Aber bald.“

Bald ...

Der Plan steht groß und fertig vor ihm. Der Topf liegt da. Die Scherben müssen weg. Ein anderer Topf aus dem Lager. Das ist ein großes Lager, da steht mancher Topf. Auch dieser Tag geht vorüber. Ein neuer Tag steht da.

Heute nicht. Morgen nicht.

„Auf dem Rückweg bringen Sie das Geld mit.“

„Herr Schickler, dieser Schein brennt doch ...“

Das ist doch Unsinn. Das geht doch nicht. Heute nicht ... Morgen nicht.

Hans Schulze, sei kein Waschlapfen. Jetzt kommt der große Wurf.

Fünfhundert Mark. Deutsche Bank zahle dem Ueberbringer ...

Die Deutsche Bank zahlt heute wie immer. Fünf Hundertmarkscheine hat Hans in der Tasche. Das brennt und zwick. Man möchte immernu rennen ...

Dreihundachtzig Mark ...

Fünfhundert Mark ...

Da steht das Rad. Laß es stehen. Heute

abend wird es Herr Schickler abholen lassen und dann wird er schreien. Die Polizei wird Hans suchen. Diesmal werden sie ihn suchen. Diesmal wird ihn jeder Schupo kennen. Steckbrief an der Anschlagssäule ...

Wie kommt Hans auf das Rad?

Treten ... Treten ...

Wie jeden Tag rollt das Rad. Das ist der Alexanderplatz. Rot und dunkel steht der Alex. Viele Zellen sind da drin. Jeden Tag fahren Autos mit Gefangenen herein und heraus. Hier ist die Firma Schickler. Haushaltsgegenstände. Glas und Porzellan. Hier ist der Arbeitsbursche Hans Schulze. Er hätte sich nicht auf das Rad setzen dürfen. Er ist von selbst hierher gerollt. Nun ist der Traum

wieder aus. Die Züge fahren nicht mehr.

„Eins — zwei — drei — vier — fünfhundert Mark.“

„Schön — schön ... Bringen Sie diesen Satz Schlüssel ...“

Dieser Tag geht vorüber und diese Woche.

„Na, Hanne“, sagt Friedel am Mittwoch, „sieh Dich ja nicht mehr.“

„Tja, hm ... viel zu tun ... viel zu tun.“

„Mensch, sieh doch nicht doof ... Immer schuffen ... Hab ich davon?“

Pause.

Hans will nicht, ganz gewiß nicht, aber dann kommt doch: „Macht'n Inge ...“

„Inge? Inge, ach so-o. Die geht mit'n Anton Pferch, drüben vom Haus ... Hat's sicher sehr nettich“, witzelt er hinterher.

Anton Pferch ist Chauffeur in einer großen Fleischwarenhandlung. Der hat einen runden Verdienst und kann ausgehen. Jeden Abend. Von dem hat Inge was. Wie der abends immer in Schale ist. Und erst Sonntags ...

Hans denkt und denkt.

Achtzehn Mark ...

Nach einer Stunde stehen die beiden immer noch vor der Tür. Friedel erzählt. Hans fragt. Friedel hat schon zweimal vor dem Jugendgericht gestanden. Das letztemal acht Tage Gefängnis. Mit der Fürsorge haben sie ihm schon mehr als einmal gedroht. Aber sie trauen sich doch nicht so richtig ran bei ihm.

„Kommen lassen. Belatschern. Die Affen.“

„Ding drehen und nicht erwischen lassen ...“

„Erst kriegen und denn insperren ... Nee, mein Freund, nicht mit Friedel. Den kriegen sie nicht. Der ist helle ... Wie bitte? Arbeitsnachweis ...? Aber jehü. Hier ist meine Karte. Gehe regelmäßig stempeln. Bemühe mir ja s-o-o-o um Arbeit. Nein, leider nichts zu machen. Haben Sie keine Arbeit für mich? Sollst sehen, wie die Damen wieder abziehen. Nur belatschern. Das wollen die ja doch ...“

Das ist ein Leben. Hans staunt und schnauft.

Gaujugendtag des ZdA

Die ZDA-Jugend Berlin-Brandenburg veranstaltete Pfingsten ihren Gaujugendtag in diesem Jahr in Frankfurt a. d. Oder. Ungefähr 700 Jugendliche versammelten sich in dieser alten Heer- und Garnisonstadt, in der jeder zweite Einwohner ein Nazi ist. In Turnhallen und Schulzimmern waren die Stroblager eingerichtet.

Am ersten Feiertag versammelte man sich im Stadttheater. Durch ein kurzes, aber sehr wirkungsvolles Spiel des Berliner Sprech- und Bewegungschors, der Ausgezeichneten leistete, wurde ein eindeutiges Bekenntnis abgelegt, daß die Angestelltenjugend das heutige kapitalistische System und seine Institutionen, den Faschismus und die Justiz, auf das schärfste ablehnt und bekämpft. Daß dieses Werk überhaupt aufgeführt wurde, ist lediglich auf die Initiative der Mitglieder des Chors zurückzuführen, denn der Verbandsleitung war es zu radikal und sie hätte es nicht aufführen lassen, wenn die Chormitglieder nicht geschlossen hinter ihrer Forderung gestanden hätten.

Diese Morgenfeier war ein guter Auftakt des Tages. Dann ging es geschlossen unter roten Fahnen zum Stadion, wo die sportlichen Wettkämpfe stattfanden. Am Abend trat man dann zum Fackelzug durch die Stadt an. Natürlich war jede politische Propaganda verboten. Als nun trotzdem die Genossen angingen, die Kampflieder der Arbeiterschaft zu singen, da ging unsere ach so republikanische Polizei mit der Hand am Gummi-

knüppel gegen die Jugendlichen los. Nun, die Notverordnung verbietet es, das hier zu nennen, was durchaus sozialdemokratische Kollegen und Kolleginnen ihnen wünschten. In einer kurzen machtvollen Abschlusssitzung fand man sich auf dem Marktplatz zusammen, auf dem das Bekenntnis abgelegt wurde, gegen alle Feinde der Arbeiterklasse für den Sozialismus zu kämpfen. Alles in allem war der Jugendtag ein ehrliches Bekenntnis für den Sozialismus. Die Demonstrationen haben den Frankfurter gezeigt, daß hier eine kampfgewillte Jugend marschierte.

Die Führung allerdings ist durchaus nicht kampfgewillt. Mindestens nicht in dem Sinne wie die Jugendlichen. Das zeigte sich besonders darin, daß nicht die notwendigen Schutz- und Abwehrmaßnahmen gegen die Nazis getroffen wurden. So konnte es passieren, daß Jugendliche, die Sonntagabend spät ankamen, von den Nazis überfallen wurden. Ein Genosse mußte ins Krankenhaus gebracht werden. Obwohl vorher einige Genossen bei der Leitung verlangt hatten, daß die schon anwesenden Genossen zum Schutz den Eintreffenden beordert würden, wurde das von der Leitung nicht erlaubt. Die Erregung hierüber war überall groß. In der Nacht vom Sonntag zum Montag wurde bei den ebenfalls schutzlos gelassenen Quartieren der Mädels von Nazistrolchen die Fensterscheiben eingeworfen, wobei eine Genossin erhebliche Schnittwunden erhielt.

„Staatsfeindliche“ Bauarbeiterschiedssprüche

Der Bauarbeiterbund sieht sich gezwungen, immer neue und immer tollere Abbauschiedssprüche gegen die Bauarbeiter zu veröffentlichen. So wird beabsichtigt:

Im Baugewerbe ist für das Lohngebiet Mecklenburg der Lohnabbau durch Schiedsspruch perfekt geworden. Facharbeiter erhalten statt 96 Pfennig 83 in der Lohnklasse I A; in der ersten Klasse sollen jetzt 70 Pfennig, in der zweiten 60 gezahlt werden. Der Lohnabbau geht bis zu 21,1 Prozent. Auch für den Freistaat Sachsen liegt ein Schiedsspruch vor. Er baut die Facharbeiterlöhne um 16,7 bis 18,9 Prozent ab. In der ersten Lohnklasse sollen statt 108 Pfennig 90 gezahlt werden, in der zweiten 85, in der dritten 78 und in der vierten 73 Pfennig. In Leipzig und Dresden wurde die Verkehrszulage um 1 Pfennig gekürzt, sie beträgt jetzt für Leipzig 7 und für Dresden 5 Pfennig. Hinzukommt eine Werkzeugzulage von 1 Pf.

Dazu bemerkt der „Vorwärts“, daß diese Schiedssprüche eine „Schande“ wären und „die Arbeiterschaft zur Staatsfeindschaft erzwingen“. Das letztere scheint seine größte Sorge zu sein. Wir dagegen wünschen, daß diese so erzeugte „Staatsfeindschaft“ sich bei den Bauarbeitern wie der ganzen Arbeiterklasse recht kräftig auswirkt in der Richtung, daß sie geschlossene politische Massenkämpfe gegen den kapitalistischen Staat und alle seine Organe erzeugen und der Gewerkschaftsführung ihre schwachvolle Tolerierung wie auch die Leitung des Bauarbeiterbundes ihre jetzige feige Rückzugstaktik vor der neuen Lohnräuberei unmöglich macht.

Vor einer Arbeitslosen-gesetzgebung in Amerika

Präsident Hoover hielt im Weißen Haus eine Konferenz ab, an der der Bankenausschuß des Senats, die Parteiführer, General Dawes und der Gouverneur der Federal Reserve Bank teilnahmen und in der beschlossen wurde, noch vor der Vertagung des Kongresses ein Arbeitslosen-Gesetz fertigzustellen. Es wurde bereits ein Kompromißvorschlag ausgearbeitet, nach dem die Finance Reconstruction-Corporation weitere 1500 Millionen Dollars ausgibt, von denen 300 Millionen den Bundesstaaten für direkte Arbeitslosenunterstützung gegeben werden sollen. 40 Millionen sollen zur Förderung der Ausfuhr der landwirtschaftlichen Erzeugnisse und der Rest für öffentliche Arbeiten der Bundesstaaten und zur Unterstützung der Privatindustrie verwandt werden.

Die 300 Millionen Dollars an direkter Arbeitslosenunterstützung sind angesichts von etwa 10 Millionen Arbeitslosen der U.S.A. ein lächerlich geringer Betrag und bedeutet eine Verhöhnung der hungernden Arbeitslosen. Prinzipiell ist aber der Plan Hoovers von größter — Bedeutung, denn bisher wurde in den USA grundsätzlich jede staatliche Sozialpolitik abgelehnt. Daher gibt es dort bis heute von Staats wegen weder Kranken- noch Unfall- und Invaliden, noch Arbeitslosenversicherung. Beharrlich wurde der rein kapitalistische Grundsatz vertreten, daß „jeder für sich selbst zu sorgen“ habe — und daß jeder staatlich-sozialpolitische Eingriff „die persönliche Freiheit verletze“. Der Hooverplan zeigt an, daß die Massennot und vor allem der gewaltige, in Riesendemonstrationen zum Ausdruck kommende Kampf der Arbeitslosen auch die Herrschenden zwingt, ihren kapitalistischen heuchlerisch-verlogenen „Herrenstandpunkt“ aufzugeben.

1000 Bergarbeiter gekündigt

1000 Bergarbeiter gekündigt

Die Borsigwerke A.-G. hat auf der Hedwigswunschgrube 700 Arbeitern und auf der Ludwigglückgrube rund 300 Arbeitern gekündigt. Auf der Hedwigswunschgrube waren bisher noch etwa 600 und auf der Ludwigglückgrube 2100 Arbeiter beschäftigt, die seit dem 1. Februar nach Art eines Krümper-Systems einander in der Arbeit ablösten. Da der Absatzrückgang anhält, wird eine Verringerung der Belegschaft durchgeführt, um wenigstens noch den arbeitenden Leuten einen angemessenen Lohn zu sichern. Man hofft, dann täglich fördern zu können, wobei die Belegschaft so abwechseln soll, daß jeder Arbeiter wenigstens 5 Schichten in der Woche Verfahren kann.

Streik in den Berliner Wurstfabriken

Wie nicht anders zu erwarten war, hat jetzt der Schlichtungsausschuß im Tarifkonflikt der Berliner Wurstfabriken einen Schiedsspruch mit 15 Prozent Lohnabbau gefällt.

Vor einer Woche wurden die Schlichtungsverhandlungen vertagt, weil, wie der Schlichter erklärte, die Unternehmer eine nicht genügende Begründung für ihre Abbauforderungen hatten. Die Unternehmer sollten daher noch ausreichendes Tatsachenmaterial herbeischaffen. haben sie inzwischen offenbar in „genügendem“ Ausmaß beigebracht, denn der Schlichter hat nun ihrem Wunsch und Befehl entsprechen. Die Begründung ist: „Angleichung“ der Löhne der Wurstfabriken an die der Ladefleischereien.

Die Belegschaften der Wurstfabriken haben

am Donnerstag einstimmig den Schiedsspruch abgelehnt. Der Streik ist vom Verband der Nahrungs- und Genussmittelarbeiter sanktioniert worden.

Vor einem Lohnabbauschiedsspruch im Ruhrbergbau

Die am Donnerstag begonnenen Parteiverhandlungen über die gekündigten Lohn- und Manteltarife im Ruhrbergbau unter Vorsitz des Präsidenten Bruhn als Schlichter sind gescheitert. Jetzt soll in einem kleinen Ausschuß von Unternehmer- und Gewerkschaftsvertretern weiter verhandelt werden und dann am 25. Mai erneut eine Verhandlung vor dem Schlichter stattfinden. Bis dahin wird dann der Schlichter wohl den „richtigen“ Lohnabbauschiedsspruch fertig haben.

Leser werbt für die SAZ

Textilwerke Wagner & Moras legen still

Am Freitag werden die Vereinigten Textilwerke Wagner & Moras A.-G. in Zittau ihre gesamte Fabrikation infolge Zahlungseinstellung endgültig stilllegen. Von dieser Maßnahme bleibt lediglich das Werk in Reichenau ausgeschlossen. Durch die Stilllegung der Betriebe in Zittau, Eibau, Schirgiswalde, Ostritz, Albersdorf und Ebersbach werden gegen 4000 Angestellte und Arbeiter erwerbslos.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Herbert Dückstein, für Inserate Johannes Hoffmann. Verlag: Sichel Zeitungs-Verlagsge. m.B.H. Druck Georg Koenig, sämtlich in Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. „SAZ Sozialistische Arbeiterzeitung“ erscheint täglich außer Montage. Redaktion: Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Tel.: Kupfergraben E 2 2904.

Staatstheater
Oper U. d. Linden
Sonnabend, 21. Mai
7 1/2 Uhr:
Die Hochzeit des Figaro

Schauspielhaus
a. Gendarmenmarkt
Sonnabend, 21. Mai
8 Uhr:
Der Liebestrank

Schillertheater
Charlottenburg, Bismarckstr. 34
Sonnabend, 21. Mai
8 Uhr:
Die Räuber

Volkstheater
Theater a. Hüttenpl.
U 1 Norden 2047
Sonnabend, 21. Mai
8 1/2 Uhr:
Sturm im Wasserglas

Rose-Theater
Große Frankfurter Str. 132
Sonnabend, 21. Mai
8.30 Uhr:
Weekend im Paradies
Gartenbühne
8.15 Uhr:
Zigeunerliebe

Werbt für die SAZ

Münz-Theater
Münzstr. 10
Tonfilm-Tageskino
Tom Keyne,
Der König der Steppe
und
Eine Nacht im Paradies
mit Anny Ondra

Theater des Weddings
Müller- Ecke Sellerstraße
Richard Tauber
in
Melodie der Liebe
dazu:
Das erstklassige Beiprogramm

Pharus Lichtspiele
Müllerstraße 142
Richard Tauber,
„Melodie der Liebe“
mit Lien Deyers, Ida Wülfel
dazu: Charl. Ander
Wenn dem Esel zu wohl ist

Elysium - Lichtspiele
Prenzlauer Allee 56
Marlene Dietrich, Anna May Wong im
Shanghai-Express
auf der Bühne:
Die große Kapelle: Ruth und ihre Jazzboys

MILIA
Lichtspiel-Palast
Schönhauser Allee 130
Das große Ereignis wagen verhängert
Eine Woche Richard Taubers
neuester, sensationeller Tonfilm-Erfolg:
„Melodie der Liebe“
mit Lien Deyers, Szöke Szakall
Auf der Bühne:
Gastspiel Wilhelm Bendow in seiner
lustigen Szene Reise-Ergebnisse in
Wort und Bild

Restaurant „Zur Haltestelle“
für alle Ausflügler und Sportler
beste Einkehrstätte
Mönchhof Kulmbacher und
Wernesgrünener Bräuquell-Biere
Warme und kalte Speisen
Zeltgemäße Preise.
— Ruf: Amt Zwickau 7669 —
Rudolf Ebert u. Frau

Restaurant „Zur Linde“
Neuwickau
Gute Küche - Erstklassige
Getränke.
Ruf: Amt Zwickau 7023
Kurt Moler u. Frau

Gaststätten der Arbeiter und Arbeitersportler für Zwickau und Umgegend

Wilkau
Restaurant „Zur Haltestelle“
für alle Ausflügler und Sportler
beste Einkehrstätte
Mönchhof Kulmbacher und
Wernesgrünener Bräuquell-Biere
Warme und kalte Speisen
Zeltgemäße Preise.
— Ruf: Amt Zwickau 7669 —
Rudolf Ebert u. Frau

Zwickau
Konditorei und Café Buschbeck
Bes.: Max Wächtler
Ruf 4964 * Ruf 4964
Beliebtestes
Caféhaus Zwickau
Erstklassiges
Bestellgeschäft

Oberhohn-orf
Kulmbacher Bierstuben
Das Verkehrslokal
der Arbeitersportler
Inh.: Arno Rösch. Ruf 7124

KINO FÜR JEDERMANN
Potsdamer Str. 4, im Voxhaus / am
Potsdamer Platz B 1 Kurt. 2334
Ab Freitag:
Casanova wider Willen
ein lustiger Tonfilm in deutscher
Sprache mit Buster Keaton, Paul
Moran, Marion Lessing,
Egon v. Jordan
außerdem: großes Tonfilm-Kabarett,
u. die neueste Ufa-Tonwochenschau
Ab Dienstag, 24. Mai:
Eine Nacht im Paradies
eine Tonfilm-Operette mit Anny
Ondra, Hermann Thimig, Ralph
Arthur Roberts, Margarete
Kupfer,
Ufa-Tonwochenschau und das
große Tonbeiprogramm.
Jugendliche u. Erwerbslose 0,40 RM.
tägl. ab 9 Uhr vorm.
Sonntag ab 3 Uhr nachm. bis 10 nachts.
Einzig. Tag- u. Nacht kino Berlins

PRATER Lichtspiele
Kastanienallee 7/9
Hochbahnhof Danziger Straße
Autobus 9
2 in einem Auto
mit Magda Schneider, Richard
Romanowsky, Karl Ludwig Diehl,
ein lustiger Reisefilm
Coan Crawford in
Irrwege des Lebens
3 Uhr große Jugendvorstellung
(Sonntags) 6.30 und 9 Uhr.

Lichtspiele
am Stettiner Bahnhof
Invalidenstraße 127
Tonfilm-Tageskino
Der schönste Mann im Staate
mit Siegfried Arno und Lilian
Harvey in
2 Herzen und 1 Schlag

Stettin
Bekanntmachung
Unsere Freunde werden
beim Einkauf 10 Prozent Rabatt
gewährt. Reellste Belieferung
in Stoffen aller Art, Wäsche,
Trikotagen usw. ist bekannt.
Fertige Anzüge, Mäntel usw.
Die Anfertigung von Anzügen
und Mänteln einschl. Zutaten in
modernster Form von 26 M. an.
Sitz garantiert. Anerkannt ge-
degienes Lager in Stoffen und
Futtersachen. Auch Sie sollten
vor Einkauf sich orientieren in
Skomlinskia Etagengeschäft,
Stettin, Reifschlägerstr. 17/18,
nur eine Treppe.

Feinbäckerei und Konditorei
Gustav Tillack
Stettin, Grenzstr. 19
Tägl. frische Backwaren jed. Art

Leben Sie Stoff?
Herrmanns, Pa-
letts nach Maß b.
prima Zutaten und
gutem Sitz von
22,50 Mk. an.
Auch Stoffe vor-
handen. Stettin
Eisenbahnstr. 83 84
parterre links.

Kauft Gutscheine

Inserieren bringt Gewinn!

Leben Sie Stoff?
Herrmanns, Pa-
letts nach Maß b.
prima Zutaten und
gutem Sitz von
22,50 Mk. an.
Auch Stoffe vor-
handen. Stettin
Eisenbahnstr. 83 84
parterre links.

Werbt Abonnenten!

Verein für Leibesübungen Planitz
Sonntag, den 22. Mai
Großes Tanzfest
Motto: Eine Maiennacht im Birkenhain
Neueste Überraschung: Jeder 20. Besucher wird
kostenlos an einer von ihm gewählten Stelle fotografiert
Beginn 17 Uhr
Werbt Abonnenten!